LAPPI
TUE D'AUGEN UF

Das Magazin für alternative Politik

3. Ausgabe | Schaffhausen | Mai 2010

Bild von jasonsewell (flickr.com/photos/jsewell)

8 Amtsantritt

■ Nicht einmal hundert Tage Schonfrist haben wir dem neuen Erziehungsdirektor gewährt. Der frisch gewählte Regierungsrat Christian Amsler im Gespräch über das Spannungsfeld Religion, Wissenschaft und Erziehung. Zum Beispiel zur neuen Empfehlung zu den Absenzen bei religiösen Feiertagen.

22 Filmischer Kitt

■ Der Filmemacher Ray Smith arbeitet seit dem Jahr 2007 in eigener Regie in einem Flüchtlingscamp im Libanon. Wird er beim Filmen erwischt, droht ihm ein Gefängnisaufenthalt, doch davon lässt er sich nicht abschrecken. Zurzeit ist er in Europa unterwegs, weil die Einreise ins Camp erschwert wurde.

13 Roulette und Achterbahn: Die Wirtschaft ist ein unübersichtlicher Rummelplatz. Der Lappi bietet Hilfestellung in Sachen Wirtschaftsmythen.

Der fortwährende Fortschritt

«In den Vereinigten Staaten werden Linke vom politischen Gegner seit kurzem nicht mehr als ‹liberals› sondern als ‹progressives›, also als Fortschrittliche, bezeichnet. Ein treffenderes Bild für den Urgedanken linker Politik gibt es nicht, beruht sie doch auf der Überzeugung, dass der Mensch fähig ist, sich von der grenzenlosen Konkurrenz zur Kooperation weiterzuentwickeln. Die ideale Gesellschaft, in der die Bürger frei von Zwängen und ohne irgendwelche Staatseingriffe ein friedliches und prosperierendes Leben führen, mag zwar unerreichbar scheinen, doch wir können ihr stetig näher kommen. Wer diese Vision aber gänzlich ablehnt, offenbart damit sein fehlendes Vertrauen in die Menschheit. Menschen, die dies ohne weiteres tun, sind als Konservative bekannt.

Manuel Käppler schreibt zum 1. Mai über das Ziel linker Politik und die Besitzstandswahrung der Bürgerlichen.

Die meisten konservativen Ideen waren aber einst auch progressiv. Im Laufe der Generationen und im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung stiegen immer wieder Gesellschaftsschichten auf und nahmen sich dann der Besitzstandswahrung an. Am besten sieht man dies bei den Freisinnigen, die sich in Berufung auf ihre ehemaligen Überzeugungen «Liberale» nennen. Doch nachdem der moderne Bundesstaat mit den für sie wichtigen Grundsätzen gefestigt war, begannen sie, den Status Quo zu sichern. Die Linke dagegen hat sich höhere Ziele gesetzt. Sie hat von den Idealen der französischen Revolution nicht nur Freiheit und Gleichheit übernommen, sondern eben auch die Brüderlichkeit, heute geschlechtsneutral Solidarität genannt.

Wer wandert, weiss, dass Fortschritt immer mit Anstrengung verbunden ist. Dies gilt speziell dann, wenn grosse Teile der Wandergruppe gar nicht zum Ziel kommen wollen – sei es, dass sie aus der momentanen Lage Vorteile ziehen, sei es, dass sie die Hoffnung auf die Ankunft aufgegeben haben. Da hilft es nur, mit gutem Beispiel voran zu gehen und die Zögernden zu ermuntern. In der Politik heisst das, Solidarität im Alltag zu leben; es heisst auch, Missstände aufzudecken, um Argumente für den Aufbruch zu finden; und zuletzt heisst es, die Vision stets neu zu zeichnen: die Gesellschaft der Träume, die Realität werden kann, wenn man denn nur will. Deshalb kommen an jedem ersten Mai die Linken dieser Welt zusammen und zeigen, dass sie – endlich – weitergehen wollen. Und zu diesem ersten Mai erscheint auch eine neue Ausgabe des Lappi - tue d´Augen uf! die Sie jetzt gerade in den Händen halten.»

Impressum

Redaktion
Thomas Leuzinger, Leitung
Manuel Käppler
Till Aders
Martin Jung
Adrian Ackermann

Kultur- und Satireseiten
Christian Erne, Leitung

Kontakt
lappi@al-sh.ch
lappi.al-sh.ch

Herausgeber
Alternative Liste Schaffhausen
Postfach 5
8201 Schaffhausen

Druck
Unionsdruckerei Subito AG
Platz 8, Postfach
8201 Schaffhausen

Copyleft
Der Inhalt untersteht, sofern nicht anderweitig vermerkt, der CreativeCommons 2.5 BY-NC-SA-Lizenz.

Inhaltsverzeichnis:

3 Das Geschäft mit dem Wasser: **Johann Grander ist reich, hat Unternehmergeist und verkauft Wasser. Unter anderem an die KSS.**

4 Integration durch Migration: **AusländerInnen haben noch kein Stimm- und Wahlrecht, obwohl vieles dafür sprechen würde.**

9 Historique – die Oberschicht dreht durch: **Der Historiker erklärt, weshalb man lieber das Ganze betrachten und den Blick vom Kleinen abwenden soll.**

10 Einmal Freiheit und zurück: **Die Lappi-Redaktion war auch für diese Ausgabe für Sie unterwegs. Sie wagte sich tief ins St. Gallerland – nach Krummenau.**

12 Die Mai Nelke: **Ein literarischer Beitrag zum 1. Mai von Schriftsteller und Doron-Preisträger Werner Wüthrich.**

21 Entkriminalisierung bleibt Thema: **Ordnungsbussen für KifferInnen, das ist der neueste Vorschlag, der durch die Kammern wandert – mit wenig Chancen.**

24 Satire – Einhalt den Parallelgesellschaften: **Die Unterwanderung unserer Volkskultur durch Parallelgesellschaften schreitet weiter voran.**

27 «Der Staat soll auch Unternehmer sein»: **AL-Kantonsrat Matthias Frick stellt sich den Fragen zu seiner Kandidatur für den Regierungsrat.**

Das Geschäft mit dem Wasser

Er ist geschickt, er ist wohlhabend und er verkauft Wasser. Johann Grander ist ein gerissener Geschäftsmann. Sein Wässerchen soll angeblich den Körper beleben. Sogar die KSS setzt auf das teure Produkt, das anderes Wasser anstecken soll.

von Till Aders (text/bild)
und Martin Jung (text)

Johann Grander ist ein genialer Geschäftsmann. Der 80-jährige Österreicher hat aus dem Nichts eine KMU mit elf Millionen Euro Jahresumsatz aufgebaut. Für seine Leistungen hat er das österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst erhalten.

Johann Grander verkauft Wasser. Vier Flaschen à 1 Liter für 90 Franken. Wer bereit ist, tiefer in den Geldbeutel zu greifen, kann Granders Wasser auch dauerhaft eingeschlossen in Stiften, Platten, Anhängern oder Metallkästen haben.

Den ersten Hinweis, dass das Wasser, welches aus einer alten Kupfermine auf Granders Grundstück kommt, etwas Besonderes sei, erhielt er von seiner Katze. Diese habe immer wieder von dem Wasser, das er für Experimente mit Massagegeräten verwendete, getrunken. Bestätigung von höherer Stelle liess nicht lange auf sich warten. «I ho dia Eingebungen gkriegt», erzählt Johann Grander, «mia is Jesus erschienen, bei vollem Bewusstsein». Neben einer Katze und dem Sohn Gottes schwören auch viele Kunden auf die Wirkung des Granderwassers. Nur die Wissenschaft ist nicht überzeugt, denn Wasser weist vor und nach der Behandlung durch die Grander-Technologie keine messbaren Unterschiede auf.

Johann Grander ist ein Meister des Marketings. Für die Gläubigen hat er Jesus auf seiner Seite. Für die Esoteriker knüpft er an die alte Tradition des Wassergedächtnisses an, auf dem auch die Homöopathie basiert: «Des Wossa hot a Gedechtnis. Und s'Wossa hot so a Intelligenz, vui mea wie di Luft». Für alle, die dem wissenschaftlichen Establishment kritisch gegenüberstehen, verströmt er den urchigen Charme eines Aussenseiters, der sich durch wissenschaftliche Kritik nicht kleinkriegen lässt. Grander hält fest, dass er kein Esoteriker sei. Er glaube an die Physik. Allerdings nicht an die im Lehrbuch, sondern an seine eigene, die in ihrer Form einmalig sei.

Aber wer gibt so viel Geld für Wasser aus? Immerhin haben schon über 30'000 Privathaushalte in der Schweiz für 2'000-4'000 Franken einen Metallkasten voller Granderwasser an ihren Wasserleitungen anbringen lassen. Auch Industrieanlagen, Krankenhäuser, Gärtnereien und Schwimmbäder sind bestückt. So auch die KSS in Schaffhausen. Im letzten Sommer hat Thomas Spengler für 54'000 Franken im Hallenbad die Grander-Technologie einbauen lassen. Dies sorgte bei der Schaffhauser Bevölkerung für ganz unterschiedliche Reaktionen.

Spengler wollte dem «Lappi» keine Auskunft geben: «Ich bin verärgert, wie diese Neuerung in Schaffhausen aufgenommen wurde», sagt er. «An anderen Orten freuen sich die Leute, wenn man so etwas anschafft, in Schaffhausen regt man sich darüber auf.» Selber ist Spengler nach wie vor vom Grander-Wasser überzeugt, obwohl er eingesteht, dass er nicht nachweisen kann, dass das Wasser wirklich besser ist als anderes. Hans Baumgartner vom Hörnlibad in Kreuzlingen dagegen sagte gegenüber dem Ktipp: «Nichts hat sich verändert. Die Versprechen von geringerem Chemieeinsatz und niedrigerem Reinigungsaufwand haben sich nicht bewahrheitet.» #

➜ www.grander.com
➜ www.tinyurl.com/granderinfo

So funktionierts

Weil es in unserer hektischen, zivilisationsverseuchten Welt nicht artgerecht gehalten wird, ist unser Flachländer-Wasser ganz verwirrt. Es hat seine Stabilität und Ordnung verloren. Da hilft nur die Grander-Technologie! Man stelle eine Flasche unverdorbenes Bergwasser neben gewöhnliches Leitungswasser. Ehe man sichs versieht, hat das Bergwasser dem Leitungswasser telepathisch, also ohne damit in Berührung zu kommen, von seinen Erinnerungen an die Bergidylle erzählt. Vom Bergwasser inspiriert, springt das Leitungswasser spontan in seine ursprüngliche Struktur zurück. Sie halten das für aus dem Esoterik-Milieu stammenden, parawissenschaftlichen Unfug? Kein Problem. Ein österreichisches Gericht hat entschieden, dass sie das sagen dürfen.

Integration durch Mitsprache

Die Schweizer Frauen erhielten 1971 das Stimm- und Wahlrecht. Doch noch ist ein grosser Teil unserer Bevölkerung, die zwar von unseren politischen Entscheiden betroffen ist, ohne politische Mitbestimmungsrechte.

von Andi Kunz (text)
und Thomas Leuzinger (bild)

Als die Schweizer Stimmbevölkerung am 17. April 1971 das Frauenstimmrecht einführte, war die Eidgenossenschaft eines der letzten europäischen Länder, das seiner weiblichen Bevölkerung den vollen Bürgerstatus zugestand. Die Widerstände in der Gesellschaft waren zum Teil heftig, die Vorbehalte gross. Und so vergingen weitere 20 Jahre des politischen und juristischen Kampfes, bis das Frauenstimmrecht schliesslich in allen Kantonen eingeführt war. Die politische Gleichstellung von Mann und Frau war keineswegs ein Geschenk des Himmels, sondern das Ergebnis eines hartnäckigen Engagements, insbesondere der in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erstarkten Schweizer Frauenbewegung. Sie reiht sich damit ein in den seit der Antike fortdauernden Kampf von politisch Marginalisierten um Einzug in den Wirkungsbereich der Demokratie. Dieser Demokratisierungsprozess ist mit Einführung des Frauenstimmrechts jedoch bei weitem nicht abgeschlossen. In der als Musterdemokratie hoch gelobten Schweiz bleibt bislang mehr als einem Fünftel der Wohnbevölkerung das Stimm- und Wahlrecht einzig und alleine aufgrund der Tatsache verwehrt, dass sie oder er keinen Schweizerpass besitzt. Dabei ist die ausländische Wohnbevölkerung ebenso von den politischen Entscheidungen betroffen und sie zahlt in gleicher Weise Steuern wie die stimmberechtigte Mehrheit. Die vollständige Integration der ausländischen Wohnbevölkerung in den politischen Entscheidungsprozess ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen. Doch noch wird der Bevölkerungsteil ohne Schweizerpass nicht zum «Volk» gezählt, das in einer Demokratie die höchste Gewalt im Staate innehaben soll.

Chance für die Demokratie

«Die Zeit scheint reif für ein Umdenken. Gefragt ist ein Perspektivenwechsel weg von den heraufbeschworenen Gefahren hin zu den Chancen der Ausweitung des Kreises jener, die sich an der demokratischen Entscheidungsfindung beteiligen können. Die vollständige politische Integration der bislang als politisch unmündig behandelten ausländischen Wohnbevölkerung fördert nicht nur das Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der hiesigen Gesellschaft, sondern stärkt in Anbetracht zunehmender Politikverdrossenheit auch das politische System als Ganzes. Eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie geht schliesslich nicht von jenen Personen aus, die sich an Wahlen und Abstimmungen beteiligen, sondern im Gegenteil von jenen, die ihr Recht auf Mitbestimmung ungenutzt lassen und damit die politische Macht einer zunehmend kleiner werdenden Schar von EntscheidungsträgerInnen überlassen. Die in den vergangenen Jahren in verschiedenen Kantonen eingereichten Vorstösse zur Einführung des AusländerInnenstimmrechts stimmen jedoch zuversichtlich, dass derzeit auch in der Deutschschweiz ein Umdenken in Richtung Betroffenendemokratie stattfindet. Auch die Alternative Liste Schaffhausen hat sich erneut ihrem Kernanliegen angenommen und plant dazu politische Vorstösse, die in den kommenden Wochen eingereicht werden sollen.»

Unterschiedliche Demokratiemodelle

Die Argumente gegen die Einführung des AusländerInnenstimmrechts sind zum Teil die gleichen, die vor 30 und mehr Jahren aus

▶▶

Fassbeiz
Webergasse 13/8200 SH
Öffnungszeiten:
Mo-Do 8:30-23:30
Fr & Sa 8:30-0:30
www.fassbeiz.ch

Schäferei
Webergasse 16/8200 SH
Öffnungszeiten:
Mo & Mi 16:00-23:30
Do 16:00-1:30
Fr & Sa 16:00-2:30
www.schaeferei-bar.ch
www.myspace.com/schaeferei

Fasskeller
Webergasse 13/8200 SH
Öffnungszeiten:
nur bei Veranstaltungen
www.myspace.com/fasskeller

Musig i dr Cherze

Restaurant Kerze Schaffhausen

Musigbeiz Kerze
Stadthausgasse 17
8200 Schaffhausen
Tel. 052 625 97 87

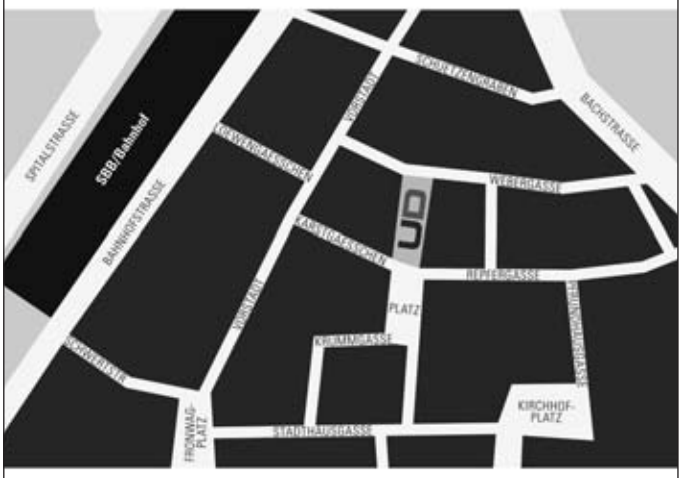
Verschiedene Konzerte und Musikwochen.
Schon 20 Jahre für Sie da – Rolf Könitzer.

Tap Tab

... tue d'Ohren uf!

www.taptab.ch
Baumgartenstrasse 19
8201 Schaffhausen

Üsi Druckerei ... zmittst im Zentrum!



UD

UNIONSDRUCKEREI SCHAFFHAUSEN
PLATZ 8 . POSTFACH
TELEFON 052 634 03 46
INFO@UD-SH.CH . WWW.UD-SH.CH

Glaubst du noch...

frei denken.

Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Wissen ist Macht –
Glauben macht abhängig;
darum lehrt unsere Kinder
Wissen und nicht Glauben.

...oder denkst du schon?

frei-denken.ch

reaktionären Kreisen gegen das Frauenstimmrecht vorgebracht wurden. Im Vordergrund stehen insbesondere Zweifel an der politischen Mündigkeit und am politischen Interesse der AusländerInnen sowie die davon ausgehenden Gefahren für Demokratie und Gesellschaft. Die Widerstände gegen das AusländerInnenstimmrecht sind in der Deutschschweiz weitaus stärker als jenseits des Röstigrabens. Dies dürfte insbesondere auf unterschiedliche Demokratiemodelle zurückzuführen sein, welche in den verschiedenen Landesteilen vorherrschen. Während in der Deutschschweiz die Vorstellung einer Bürgerdemokratie dominiert, welche auf der Nationalstaatlichkeit basiert und bei der nur die klassischen StaatsbürgerInnen stimmberechtigt sind, orientieren sich die Romands stärker an einer durch Rousseau geprägten Betroffenendemokratie, die alle mitbestimmen lassen will, die von Entscheiden betroffen sind. Diese unterschiedlichen Demokratiemodelle finden schliesslich Ausdruck in der Tatsache, dass in den Kantonen, in denen französisch gesprochen wird, die ausländische Wohnbevölkerung bislang weit stärker politisch integriert ist. Heute verfügt die ausländische Bevölkerung in allen welschen Kantonen über politische Rechte – mit Ausnahme des Wallis. Aber auch in einigen Kantonen der Deutschschweiz ist das AusländerInnenstimmrecht inzwischen bereits Realität.

Vorreiterrolle

Die Kantone Jura und Neuenburg kennen das AusländerInnenstimmrecht sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene. In den Kantonen Waadt, Freiburg und Genf beschränkt sich das AusländerInnenstimmrecht auf die Gemeindeebene. In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Graubünden und Basel-Stadt können die Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen für kommunale Angelegenheiten einführen. In weiteren Kantonen wurden entsprechende Vorlagen bisher abgelehnt. So auch im Kanton Schaffhausen, als der Stimmbevölkerung 2001 zeitgleich zur totalrevidierten Kantonsverfassung eine Variantenabstimmung zum AusländerInnenstimmrecht vorgelegt wurde.

Die Kantone, in welchen der Wunsch bereits Realität ist, unterscheiden sich jedoch nicht nur hinsichtlich der politischen Ebene, auf der den AusländerInnen ein politisches Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Auch die Unterschiede in Bezug auf die Voraussetzungen zur Erlangung des Stimmrechts sind zum Teil beträchtlich. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden müssen AusländerInnen beispielsweise nicht nur mindestens 10 Jahre in der Schweiz und 5 Jahre im Kanton wohnen, sondern sich auch mit einem ausdrücklichen Begehren um das Stimmrecht bewerben. Im Kanton Jura bleiben sie von kantonalen Verfassungsabstimmungen ausgeschlossen.

Bisher positive Erfahrungen

Die bisher gesammelten Erfahrungen mit der Ausweitung des Stimmrechts auf AusländerInnen sind durchwegs positiv. Wie bereits beim Frauenstimmrecht, zeigt die Praxis, dass die Ausweitung des Stimmrechts die Demokratie nicht geschwächt, sondern gestärkt hat. Die bisherigen Erfahrungen offenbaren, dass AusländerInnen auch in politischer Hinsicht ebenso heterogen sind wie die einheimische Bevölkerung. Ihr Stimmverhalten weicht nicht signifikant von dem der SchweizerInnen ab. Die Befürchtungen vor allem von bürgerlicher Seite, AusländerInnen würden vornehmlich links stimmen und wählen, haben sich bisher als unbegründet entpuppt. Es fragt sich deshalb, wovor die GegnerInnen dieser nötigen Verbesserung der Demokratie eigentlich Angst haben.#

➜ www.tinyurl.com/stimmrecht
➜ www.zaemeschtimme.ch

oekotrans
schaffhauser velokurier
nationale & globale kurierlogistik

CO_2-frei seit 1997
oekotrans.ch / 052 620 11 11 / neustadt 20 / ch–8200 schaffhausen

Im Namen der Bildung

Der neue Erziehungsdirektor Christian Amsler erläutert die Stellung von Glauben und Wissenschaft an den Schaffhauser Schulen und hegt doch Sympathien für die Hochschulinitiative.

von Manuel Käppler (text/bild)

Herr Amsler, wie sehen Sie die Rolle der Religionen in der Schule?

Christian Amsler: Religion hat immer mit Leben zu tun, daher ist es legitim, dass das in die Schule einfliesst. In unserer Gesellschaft gibt es verschiedenste religiöse Hintergründe. Wir müssen uns dem offen stellen und möglichst locker damit umgehen. Gerade bei der Religion prallen wirklich Welten aufeinander. Das ist eine Herausforderung, mit dieser Heterogenität professionell umzugehen.

Der Erziehungsrat hat eine Empfehlung zur Dispensation an religiösen Feiertagen herausgegeben. Werden da nicht die konfessionslosen BürgerInnen ungleich behandelt?

Wir haben gesagt, dass man als Eltern ein gewisses Recht hat, die Kinder aus der Schule zu nehmen. Aber wir haben die Hürde hoch gelegt, damit nicht Kreti und Pleti sagen kann: «Ja, jetzt ist halt Ramadan, jetzt gehen wir nicht in die Schule». Ungerecht finde ich das nicht, kann es doch auch andere, nicht religiös motivierte Dispensationen geben. Natürlich kann man sagen: «Es gibt Leute, die das nicht benutzen können». Das ist halt einfach so.

Also gibt es gewisse Privilegien für religiöse Menschen?

Da haben sie recht: zum Beispiel das Kopftuch, aber auch die Kopfbedeckung männlicher Juden werden anders gehandhabt als ein Baseballcap, das aus nicht-religiösen Gründen angezogen wird.

Da stellt sich die Frage nach der Rolle der Wissenschaft in der Schule. Im Lehrplan vermisst man die Evolutionstheorie schmerzlich.

Ich glaube, dass an vielen Schulen diskutiert wird, wie das Leben entstanden ist, sogar bis hin zu Fragestellungen aus der Biologie. Das ist natürlich eine schwierige Geschichte, da zwischen der Religion und dem biologischen Blickwinkel eine weite Kluft liegt. Meine persönliche Meinung ist jedoch, dass diese Diskussion unbedingt Platz haben sollte.

Gerade die Evolutionslehre ist aber eine der wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten 200 Jahre; grosse Teile der Biologie und Chemie sind gar nicht verständlich ohne dieses Grundwissen. Muss das den Lernenden nicht näher gebracht werden?

Ich pflichte Ihnen bei. Die Diskussion um die Entstehung der Welt ist etwas ganz Wichtiges. Aber da gibt es schnell geharnischte Reaktionen, christliche Verbände oder gläubige Eltern, die sich einmischen, und sagen: «Was sie da erzählen ist völlig falsch». Da möchte ich auch

Zur Person:

Christian Amsler, geboren am 21. November 1963, ist seit dem 1. April 2010 Regierungsrat des Kantons Schaffhausen. Er hat von Rosmarie Widmer-Gysel das Bildungsdepartement übernommen. Zuvor war Amsler, der mit einer Lehrerin verheiratet ist und drei Kinder im Schulalter hat, Prorektor der Pädagogischen Hochschule. Amsler ist zudem Oberst im Militär und Mitglied des Verwaltungsrats von Radio Munot.

meine persönliche Überzeugung nicht einbringen, denn da muss und darf jeder selbst entscheiden, was er glaubt.

Wann soll denn Wissenschaftsunterricht anfangen?

Früh. Sehr früh. Es gelingt uns nicht, unserer Verantwortung für die Umwelt gerecht zu werden, wenn wir nur einige Wenige für die Naturzusammenhänge begeistern. Mit diesen Fragen muss sich jeder auseinandersetzen. Bei den Kindern, gerade wegen ihrer Freude am entdecken, muss das möglichst früh beginnen.

Wie wichtig ist die politische Bildung und der Staatskundeunterricht für Sie?

Politische Bildung ist meine Passion; da schlägt dann auch mein Pädagogenherz höher. Ich sehe auch, dass viele Junge wirklich Interesse haben an diesen Themen, wenn sie sich zum Beispiel in Schülerräten organisieren, wie in der geleiteten Schule Hohberg, die wir ja – leider nur noch bis in den Sommer – haben. Das wünsche ich mir: Dass die Jungen die Lust am Diskutieren und am Fällen von Entscheidungen verspüren.

Zum Verhältnis zwischen Familie und Schule: Wo hört denn die Verantwortung der Lehrer auf?

Das ist eine extrem schwierige Frage. Die Realität ist, dass eine Vermischung stattfindet. Ich denke, dass das auch gut ist für die Gesellschaft, wenn die Schule gewisse Aufgaben übernehmen kann. Ich möchte nicht sagen, dass die Eltern ihre Aufgaben vernachlässigen, aber Erziehung nimmt heute zu Hause weniger Platz ein als früher.

Ich sehe LehrerInnen als Begleitpersonen, die den Kindern ein Fenster zur Welt eröffnen. Das umfasst für mich eben auch, erzieherische Aufgaben zu übernehmen. Man kann da kaum trennen. Ich finde es legitim, dass ein Lehrer sagt, dass es ihm zu viel ist, wenn er die ganze Erziehungsarbeit übernehmen muss. Aber er hat trotzdem eine Verantwortung, nicht nur für den Moment, sondern auch für das weitere Leben.

Zur Hochschulinitiative: Sie haben diese zuerst befürwortet, und sind dann ein wenig zurückgekrebst, als Sie in den Regierungsrat kamen.

Als Florian Keller das in den Kantonsrat brachte, hatte ich Freude. Am meisten hat mich gefreut, dass Junge sagen: Nicht alle sollen nach Zürich und Bern abwandern. Ausbildungsplätze für Junge, auch in Verbindung mit der Schaffhauser Industrie, das ist ein hochspannender Ansatz. Wir können aber nicht einfach Schaffhausen zum Hochschulkanton machen. Ich glaube absolut an internationale, nicht nur nationale, Kooperation. Ich sehe Potential, dass wir hier im Herzen von Europa sehr spannende Projekte anpacken können, zum Beispiel im Bereich der Ansiedlung von Instituten und Forschungszentren. Da versuchen wir, auf Ende Jahr eine Vorlage bereit zu haben. Persönlich habe ich natürlich auch Freude an unserer PH, die ich gerade im Kontext des Lehrermangels stärken möchte. Aber wir müssen auch weitere Anstrengungen machen, denn Standortmarketing hat viel mit Bildung zu tun.

Wäre dann die Hochschulinitiative nicht eine grosse Hilfe für Sie?

Doch, absolut. Sehen Sie, die Initiative ist im Kantonsrat gescheitert, obwohl man ihr viel Wohlwollen entgegen bringt. Sie ging wohl einfach ein wenig zu weit. Man fühlte sich wohl eingeengt. Da musste auch ich meinen Hut wechseln, um mit der Strategie des Regierungsrates einher zu gehen. Die Initiative wurde abgelehnt, aber in Kenntnis davon, dass man da wirklich etwas machen muss. Nun wird die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben.#

➜ www.christianamsler.ch

Die Boni zurückholen

Die riesigen Boni für die ChefbankerInnen gehören dem Staat. Es ist Zeit, sie zurückzuholen.

von Daniel Lampart (text)

Über die Arroganz und Gier der Chefs der Gross- und Investmentbanken, die sich wieder Boni in Milliardenhöhe auszahlen, wurde schon viel geschrieben. Bisher kaum erwähnt wurde aber die Tatsache, dass diese Boni eigentlich der Allgemeinheit gehören. Denn ohne die Rettungsmassnahmen der Staaten und Nationalbanken gäbe es in den betroffenen Banken kaum etwas auszuschütten. Im besten Fall würden sie Verluste machen, im schlechteren Fall wären sie Konkurs gegangen.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat die Höhe der Rettungspakete ausgerechnet. In den reichen Ländern (etwa USA, Japan oder Deutschland) wurden Garantien von fünf Billionen Dollar gewährt. Direkt aufgewendet wurden zwei Billionen Dollar. Das entspricht deutlich mehr als der gesamten Wertschöpfung des Finanzsektors in einem Jahr und somit einem Vielfachen der Gewinne und Boni. Was die Banken an diesem Geld für die Stabilisierung nicht brauchen, muss daher wieder über Steuern abgeschöpft werden. Mit anderen Worten: Die hohen Boni sind eine Folge der Rettungspakete und gehören der Allgemeinheit und nicht den Grübels und Konsorten. Der gegenwärtig diskutierte Vorschlag, Gehälter über einer Millionen Franken der Gewinnsteuer zu unterstellen, ist deshalb das Mindeste.

England wird mit seiner Boni-Steuer viel mehr einnehmen, als angenommen. Nämlich rund 2 Milliarden Pfund. Der Staat wird daher einen substanziellen Beitrag zur Reduktion seiner Defizite erhalten. Defizite, die zu einem grossen Teil eine Folge der Finanzkrise sind. Die Steuer holt daher einen Teil des Geldes zurück, das in die Banken eingeschossen wurde. Sie hilft, die krisenbedingten Defizite zu verringern.

Zur Erinnerung: Die neuen Boni-Regeln der Finma erlauben weiterhin eine Bindung der Boni an den Aktienkurs. Das ist falsch. Die Bindung der Boni an den Aktienkurs war eine der Ursachen für die Krise. Marcel Ospel zum Beispiel kaufte bei der UBS Aktien im Wert von 30 Milliarden Franken zurück, um den Aktienkurs künstlich in die Höhe zu treiben. Diese Reserven fehlten dann in der Krise. Ospels Salär war zu rund 50 Prozent an den Aktienkurs gebunden. Er hatte somit ein persönliches Interesse an dieser künstlichen, riskanten Erhöhung des Aktienkurses.#

Daniel Lampart ist SGB-Chefökonom.
➜ www.tinyurl.com/lampartblog

HISTORIQUE

Die Oberschicht dreht durch

von Lukas Oechslin

Alle reden von ihr. «Die Wirtschaft». Das grosse Ganze. Der Mythos. – Doch wo sind die Menschen dahinter? Wäre es nicht sinnvoller, vom Kleinen auf's Grosse zu schliessen, vom Individuum auf die Masse?

Der Lappihistoriker findet: Jawohl, genau so ist es. Darum wagen wir heute eine Reise in die Vergangenheit und betrachten drei Schaffhauser Persönlichkeiten: Den Urs, den Hans und den Peter:

Der Urs, der bettelt, der Hans, der bäckt und der Peter, der handelt mit Wein. Doch hat der Peter ein Problem: Der Rotwein, den der Bäcker Hans und alle seine Freunde so gerne trinken, lässt sich schlecht anbauen und der Weisswein ist so verdammt sauer, dass ihn niemand kaufen will. Da er seinen Wein aber nicht einfach dem armen Urs schenken will, nimmt der Händler Peter ein fragwürdiges Rezept zu Hilfe: Das Färben des Weissweins mit Vogelbeeren.

Leider hat der Peter aber kein Glück, denn Hans, der Schlaue, der hat's gemerkt. Nun muss der falsche Händler drei Liter seines «Eigenen» saufen, wird dann mit einem 15 Kilogramm schweren Lasterstein um den Hals durch die Stadt getrieben und zum Schluss in die sogenannte «Trülli» gesteckt; einen Käfig, der vom Urs nach Lust und Laune gedreht werden kann. – Und Achtung! Der Urs, der mag den Peter nicht – hat er ihm doch keinen Wein geschenkt!

Und was lernen wir von Urs, Hans und Peter – von den Kleinen über das Grosse, vom Individuum über «die Wirtschaft»?

Nun, die Unterschicht bleibt unten, die Mittelschicht ist «high» von irgendwelchen Beeren und die Oberschicht, die ist im wahrsten Sinne des Wortes durchgedreht.

Und was zeigt das dem Historiker? Manchmal wäre es wohl doch sinnvoller, nur das grosse Ganze zu betrachten. Denn ohne Blick auf das Kleine funktioniert ja alles einwandfrei. Oder nicht?

Einmal Freiheit und zurück

Oberhalb von Krummenau liegt die Freiheit. Eine Wanderung.

von Thomas Leuzinger (text/bild)

Auch für diese Ausgabe war die Lappi-Redaktion wieder für Sie in der Schweiz unterwegs. Diesmal nicht auf der Suche nach dem ultimativen Shopping-Vergnügen, sondern mit einem weit hehreren Ziel: Der Suche nach der Freiheit, genauer gesagt, dem Restaurant Sonne.

Nein, nicht irgendeine der unzähligen «Sonnen», sondern eben der «Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit»: das Restaurant von SVP-Präsident Toni Brunner oberhalb von Krummenau im Toggenburg. Nicht über den Wolken gelegen – so frei ist selbst das Toggenburg nicht – aber immerhin auf halbem Weg in den Bendel auf der Kuppe.

Von Krummenau nach Wil fährt ein Zug pro Stunde. Der Fussweg über den Wintersberg in Richtung Sonne und weiter in den Bendel ist nur spärlich beschildert. Er führt über zwei Überführungen, und löst sich noch auf der zweiten in der Wiese auf. Viele Fussgänger sind hier nicht unterwegs. Man fährt. Man ist als Kind genug gelaufen. Den Wintersberg hinauf in die Schule, neben einem Bauernhof, am Abhang. Wenn ein Kind das andere auf dem Schulhof zu fest schubst, rumpelt es bis nach Ebnat-Kappel hinunter.

Abseits der Strasse steigt klischeehaft der Duft des Kuhdungs unsanft in die Nase. Es geht quer durch die zartgrünen Matten. Die Nachbarn halten alle schön Abstand, mindestens hundert Meter Distanz von Haus zu Haus. Wenn man nicht wüsste, dass die Sonne irgendwo auf dieser Matte läge, man würde sich die Freiheit nehmen, umzukehren.

Wir schwärmen aus und schon bald ruft einer von der nächsten Hügelkuppe, die Freiheit sei in greifbarer Nähe. Sie steht direkt an der Hauptstrasse. Es ist das Haus mit den meisten Parkplätzen davor und das einzige, das weiss angestrichen ist.

«Dörf me rauche?» Die Tische sind frisch abgeschliffen, die Luft frisch, kein Aschenbecher. «Aber nu Zigarette», sagt die Frau in Tracht mit einem breiten Lachen, setzt dann aber nochmals nach: «Nu Zigarette, wörkli. S'ander verträg i überhaupt nöd.» Die mit Laptop und Strassenschuhen bestückten, jeanstragenden jungen Leute könnten sich auf dem Land ja doch etwas zu frei fühlen. Und sie setzt gleich noch eins drauf: Ab dem 1. Mai wird auch im «Haus zur Freiheit» überhaupt nicht mehr geraucht.

Aber noch ist es nicht soweit und man stürzt die grossen Biere à drei Dezilitern und trinkt den Wein – ausschliesslich von SVP-Winzern, wie einem auf der Speisekarte versichert wird. Die Stimmung ist gut, die Frau mit dem Lachen redet gerne und das Essen könnte währschafter kaum sein: Wurst-Käsesalat, Hörnli mit Siedwurst und Apfelmus, Älplermagronen, Rösti mit Spiegelei und Käse.

«Ir sind sicher Studente», traut sich der Bärtige, der mit seinem Sohn im blauen Sennenhemd am Nebentisch sitzt, dann doch noch zu fragen. «Gschtudiert sii, heisst no lang nid, dassme gschiid isch», sagt er. Man widerspricht, man macht ein Teileingeständnis, man ist offen, man macht ein paar Ausländerwitze. Die Stimmung ist gut – obwohl man sich als Student geoutet hat. Man gehört zwar nicht dazu, aber das spielt keine Rolle. «Die andere dött ene, die ghöred au nüm zum Toggenburg», meint der Bärtige übers Nachbardorf. Und wenn er vom schönsten Platz der Welt spricht, dann meint er nicht das Toggenburg, er meint auch nicht die Gemeinde Krummenau, sondern er meint genau diesen Fleck, die Matte auf dem Wintersberg.

Trotz der Redefreiheit und dem heimeligen Alpenpanorama aus Karton, das durch die Tür zum Sääli nebenan sichtbar ist, packen wir unsere Sachen und machen uns auf zum Bahnhof. Man weiss nie, es könnte der letzte Zug sein.#

➜ www.hausderfreiheit.ch

Tap Tab

... tue d'Ohren uf!

www.taptab.ch
Baumgartenstrasse 19
8201 Schaffhausen

GROSS COPY SHOP

Inserieren Sie im Lappi

günstige Konditionen

Inseratege staltung

1000 Exemplare an ein junges Publikum

www.al-sh.ch/inserieren

Gross Copy Shop
Webergasse 7
Postfach 1053
8207 Schaffhausen

info@gross-copy-shop.ch
www.gross-copy-shop.ch
Tel.: 052 624 92 82

GÄRTNER AUS LEIDENSCHAFT
www.schraffmueller.ch

SCHRAFF&MÜLLER
GARTENBAU GMBH
052 681 54 61

Abgebildet: Sitzmauer aus Sandstein, Feuerstelle La Luna (Designgeschüzt)

Die Mai Nelke

Ein literarischer Beitrag zum 1. Mai.

von Werner Wüthrich (text)

I

In meiner Jugendzeit hörte ich meine Mutter, die Blumen liebte, manchmal sagen, man sollte im Leben viel mehr die Blumen sprechen lassen. Aber früher habe ich nie verstanden, warum Blumen sprechen können sollten. Jahre später erzählte ich dann meinen Eltern einmal vom gewerkschaftlichen Literaturpreis «Arbeit und Alltag», der viele Menschen zur Sprache angestiftet habe. Beim Abschied damals streckte mir mein Vater seine beiden Hände entgegen und bemerkte nur, die hätten ein Leben lang gearbeitet und könnten auch manches erzählen. Als Arbeiter in fremden Diensten oder für die Familie und hin und wieder als Faust im Sack. Doch dann fügte er mit verschmitztem Lächeln hinzu: «Ein Schriftsteller, der müsste doch wenigstens das können». «Was können», fragte ich. – «Eben das», gab mein Vater zur Antwort: «Die Hände zum Erzählen zu bewegen und die Blumen zum Sprechen zu bringen».

II

In Frankreich ist es am 1. Mai, an der Fête du Travail, Brauch, sich als Glücksbringer einen Strauss Maiglöckchen zu schenken. Maiglöckchen als Symbol des Frühlings und als Zeichen des Aufbruchs, der Lebensfreude und einer besseren Zukunft. In vielen anderen Ländern wird eine Mai Nelke ans Kleid gesteckt und an den 1.-Mai-Umzügen mitgetragen. So wurde diese Blume rund um den Erdball zu einem Symbol des Maifeiertages und des internationalen Tages der Arbeit. Am 1. Mai trägt man auf der ganzen Welt die Farbe Rot. Organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter heften sich rote Maibändel an Jacke, Pullover oder Hemd und tragen Jahr für Jahr auf roten Bändern an den Umzügen die Hauptbotschaften mit. Einst waren es Forderungen nach einem Achtstundentag in den Fabriken und nach einer minimalen Absicherung. Und heute ist der Staat auch ein Sozialstaat, also eine Errungenschaft der fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen, die es zu verteidigen gilt.

III

Wenn die Hände des Vater erzählen möchten und die Blumen der Mutter sprechen sollten, so müsste dies – das ist gewiss – ja erst recht eine Mai Nelke können. Ich sehe sie auf einem Bild vor mir: Ein wenig stilisiert oder holzschnittartig gezeichnet, blühend dargestellt in der Farbe des 1. Mai und von einer Hand gehalten. Und weil die Hand die zarte, frische und unverwüstliche Nelkenblume hält, ist sie auch eine Faust. Da! Auf einmal beginnt mein Bild zu sprechen: Mai Nelke und Hand zählen dem Bildbetrachter die lange und bewegte Geschichte unserer 1.-Mai-Bewegung. Doch nicht nur Erlebtes und Vergangenes wissen sie zu berichten, so ein Bild kann sehr wohl auch Fragen stellen. Nach unserer Zukunft, nach der Zukunft der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Welt ebenso wie nach der Zukunft unseres Planeten.

Klar und deutlich etwa, wie es meine Eltern einmal gewünscht haben, höre ich jetzt vom Bild der Mai Nelke auch eine unbekannte Geschichte, die wir in der Schule nie gehört haben und die sich am 1. Mai 1886 auf dem Haymarket in Chicago zugetragen hat. Als Ursprung und Beginn des internationalen Maifeiertages und wie es in den USA damals zu einem mehrtägigen Streik und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei kam.

IV

Auch dieses Jahr wird am 1. Mai wieder die Farbe Rot getragen. Rote Transparente mit dem Slogan «Arbeit, Lohn und Rente – statt Profit und Gier!» In Frankreich wird man an der Fête du Travail Glücksbringer verteilen. In vielen Ländern werden wieder Mai Nelken und Maibändel angesteckt, und unzählige rote Fahnen wehen dann über den Umzügen. Im Grunde genommen, wird einem bewusst, repräsentieren die Mai Nelke und ihre Farbe nur eine bestimmte Haltung. Und zwar, stellte ich mir vor, wäre sie in jeder Generation äusserst lebendig und, vor allem auch, anderen Einstellungen zum Leben stets überlegen. Es wäre somit eine Haltung des Bewusstseins, unvoreingenommen und undogmatisch durch die Welt zu gehen. Ohne Vorurteile, aber in Bezug auf die sozialen Widersprüche, die menschliche Entwicklung und eine gefährdete Umwelt doch immer mit einem klar definierten, eigenen Standpunkt. Und einem Engagement im Sinne der Geschichte des ersten Mai oder, wie ein Denker es einmal formuliert hat: Die gefährlichste Welt-Anschauung ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt noch nicht angeschaut haben.

Auf diese Weise ist mir die Mai Nelke – ähnlich der Erinnerung an meinen Vater und an meine Mutter – gleichsam zu einer Bedeutungsträgerin geworden, weil ja Blumen schliesslich auch sprechen und Hände doch erzählen können.#

➜ www.wuethrich.ch

Wirtschaftsmythen

Inhalt:

14 Vollgas bis in den Abgrund: **Ungebremstes Wachstum führt unweigerlich zu Problemen.**

15 Geld aus dem Computer: **Die Banken erschaffen unkontrolliert Geld.**

17 «Das ist eklatant leistungsungerecht»: **Ulrich Thielemann im Interview.**

19 Morgenrot am Steuerhimmel: **Die Steuergerechtigkeit ist ein Mythos.**

Die globale Wirtschaft ist so komplex geworden, dass kaum einer den Überblick bewahren kann. Daraus resultieren gefährliche Mythen.

von Manuel Käppler (text/bild)

«Die Wirtschaft, also der Handel mit Gütern und Dienstleistungen, bestimmt immer grössere Teile unseres Lebens. Doch parallel dazu wird sie komplexer und für den Grossteil ihrer TeilnehmerInnen unverständlich. Riesige Mengen von Geldern werden in Sekundenschnelle um den Globus transferiert, gelenkt von Computerprogrammen die nur wenige MathematikerInnen verstehen und die auf modernsten Supercomputern laufen.

Güter entstehen weit ab von ihrem Verbrauchsort – man denke an Computer und Spielzeug (Ostasien) oder Jeans (Südostasien). Der Bezug zum Hersteller entfällt völlig. An die Stelle der direkten Bekanntschaft, die früher Kundenbeziehungen prägte, sind heute Markennamen und elektronische Kundenkarten getreten.

Undurchsichtige Abläufe und versteckte Zusammenhänge werfen bei der Bevölkerung Fragen auf und finanziell schwer bewaffnete Konzerne geben viel Geld aus, um diese in ihrem Sinne zu beantworten. So finanzieren Öl- und Energiekonzerne millionenschwere Kampagnen, um die wissenschaftlich erhärtete Theorie des menschgemachten Klimawandels zu diskreditieren; Die Versicherungsbranche versucht, ihren Profit auf Kosten der RentenbezügerInnen zu erhöhen und die Finanzbranche erfindet tausende verwirrende Namen, um ihre gefährlichen Produkte als harmlose Wertanlagen zu tarnen.

Die Rolle der Politik, der gewählten Interessenvertretung der Bevölkerung, wäre: die Entscheidungsgewalt über wirtschaftliche Belange wiederherzustellen. Aber ein Teil der PolitikerInnen vertritt heute stattdessen die Interessen des globalen Kapitals und versucht, weitere Pfründe für sich und seine Klientel zu sichern und sich allen Reformen zu widersetzen. Der Papierkrieg gegen die strafrechtliche Verfolgung von Steuerhinterziehung füllt Bände, und der ewige Spardruck durch den omnipräsenten Standortwettbewerb treibt PolitikerInnen zur Verzweiflung.

▶▶

DOSSIER

Wie aber steht es wirklich um unsere Wirtschaft? Woher kommt eigentlich unser Geld, und ist unser Vertrauen in das ‹Schmieröl der Wirtschaft› wirklich gerechtfertigt? Wann hilft Wirtschaftswachstum der Bevölkerung und gibt es auch Grenzen des Wachstums? Sind Steuersenkungen und ein schlanker Staat wirklich förderlich für die Allgemeinheit? Wie steht es um ethische Verantwortung bei den Unternehmungen?

Vollgas bis in den Abgrund

Der Glaube ans Wirtschaftswachstum ist schon fast Religion in Westeuropa. Dabei erhärtet sich kaum eine These der Wachstumsprediger, im Gegenteil: ungebremstes Wachstum führt unweigerlich zu Problemen.

von Manuel Käppler (text)

Der Clown Leo Bassi, der erst kürzlich in der beliebten Sendung «TV total» einen Auftritt im deutschen Privatfernsehen hatte, verdeutlicht in seinem neuen Programm eine Besonderheit unserer Wirtschaft: die Art und Weise wie wir Erfolg messen. Dazu zerstört er mutwillig eine ganze Reihe von Dingen, die in der EU hergestellt werden, und erklärt dabei, dass dies das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigere und deshalb sinnvoll sei.

Was absurd wirkt, führt dem Zuschauer einen grundlegenden Fehler in der Verwendung des BIP vor Augen, denn das BIP ist einer der beliebtesten Massstäbe um den Erfolg einer Gesellschaft einzuschätzen. Dabei scheint es sich denkbar schlecht mit den Erwartungen zu vertragen, gemäss welcher unsere Wirtschaft nachhaltig sein und den Bedürfnissen zukünftiger Generationen Rechnung tragen soll. So kommt der kritische Journalist Urs P. Gasche in seinem Buch «Das Geschwätz vom Wachstum» zum Schluss, dass «das Bruttoinlandsprodukt ein untauglicher Massstab ist, um den Wohlstand oder gar die Lebensqualität einer Nation zu bewerten». Um die These zu untermauern, führt er Ereignisse an, die das BIP steigen lassen (also «Wirtschaftswachstum» hervorrufen): Von Verletzten bei Unfällen über undichte Häuser bis zu Spam-Emails, das BIP interessiert sich nicht für die Umstände, welche zur «Wertschöpfung» führen, sondern addiert blind sämtliche Arbeiten auf, die bezahlt werden.

Für Gasche ist klar: Wirtschaftswachstum hat mit Wohlstand und Lebensqualität wenig zu tun und er argumentiert deshalb für Nullwachstum. Doch er ist keineswegs der erste, der den allgemeinen Kanon des unaufhörlichen Wachstums kritisiert. Als 1972 WissenschaftlerInnen beim ‚Club of Rome' eine der ersten Computersimulationen zur globalen Entwicklung des Ressourcenverbrauchs und der Bevölkerungsentwicklung erstellten, glaubte noch kaum einer, dass aus Wirtschaftswachstum ernsthafte Probleme entstehen könnten. Mit ihrem Buch «Die Grenzen des Wachstums» zeichneten die Autoren um Donella und Dennis Meadows ein düsteres Bild der Zukunft. Ihrer Argumentation liegen zwei Feststellungen zu Grunde: die Explosion der Wirtschaftsleistung bei exponentiellem Wachstum und die Begrenztheit der natürlichen, nicht-erneuerbaren Ressourcen.

Um den ersten Punkt zu verstehen, ist es notwendig zu wissen, wie exponentielles Wachstum funktioniert. Wachstum ist dann exponentiell, wenn die Zunahme nicht stets gleich ist, sondern vom vorherigen Wert abhängt. Man kann als Beispiel ein Bankkonto nennen, dem jedes Jahr ein Zins von zwei Prozent zugerechnet wird. Das besondere am exponentiellen Wachstum ist, dass es auf den ersten Blick harmlos aussieht. Niemand glaubt, dass er jemals durch Zinsen reich werden kann. Und tatsächlich dauert es ganze 36 Jahre bis aus einem auf dem oben erwähnten Bankkonto angelegter Franken zwei geworden sind. Weitere 36 Jahre später sind es vier geworden. Es ist also die Wachstumsrate welche sich bei exponentiellen Prozessen verdoppelt.

Die Weltwirtschaft (das Bruttoweltprodukt, wenn man so will) ist in den vergangenen Jahren im Durchschnitt um ca. 4 Prozent gewachsen. Die Verdoppelungszeit beträgt demzufolge ungefähr 18 Jahre. In ihrem Buch argumentieren die WissenschaftlerInnen des ‚Club of Rome', dass ein

derartiges Wachstum unhaltbar sei, und deshalb aufgrund der mangelnden Ressourcen, des eingeschränkten Raums und der Verschmutzung der Umwelt nach einer gewissen Zeit zum Kollaps des gesamten Systems führen müsse.

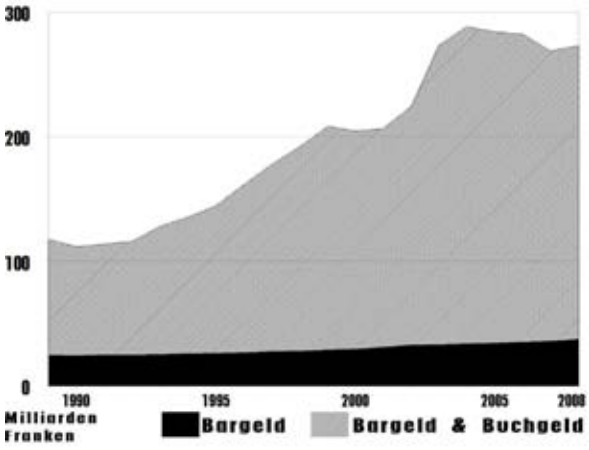
Trotz all dem bleibt die Idee, die Wirtschaft (oder genauer: das BIP) müsse wachsen, weit verbreitet. So gibt der Think-Tank Avenir Suisse eine «Diagnose Wachstumsschwäche» heraus, und der Basler Wirtschaftsprofessor Silvio Borner fordert gar: «Die Privatisierung weiter Teile des Gesundheitswesens, der Bildung (vor allem der höheren) und die Entmythologisierung des Service Public» um das Wachstum anzukurbeln. Für Gasche und seinen Ko-Autor Hanspeter Guggenbühl bleibt die Frage, was denn so stark wachsen soll. Sie sind überzeugt: «Wachstum frisst Erholungsräume, verursacht Lärm und reichert Wasser, Böden und Luft mit Schadstoffen an.»

Auch die These, dass Wachstum die Welt gerechter mache, also den Graben zwischen Arm und Reich schliessen könne, lässt sich empirisch nicht erhärten. Denn gemäss einer Studie der Harvard University ist die Einkommensverteilung in den letzten dreissig Jahren, in denen die Wirtschaft unablässig gewachsen ist, nur unmerklich gerechter geworden, während die Vermögensverteilung sogar einen gegenteiligen Trend aufwies.#

Geld aus dem Computer

Zentralbanken können ihre Aufgabe nur wahrnehmen, wenn die Banken aufhören, Geld zu erschaffen.

von Martin Jung (text/bild)



Der Finanzsektor hat dank riesiger staatlicher Rettungspakete die aktuelle Krise überlebt. Dass es zur Krise gekommen ist, mag an zu riskanten Geschäften der Banken gelegen haben. Dass es nicht möglich ist, eine Bank Konkurs gehen zu lassen, ohne die Gesamtwirtschaft zu gefährden, ist ein Fehler des Geldsystems.

Seit dem Jahr 1850 ist es möglich, Banken als Aktiengesellschaften zu führen. Für die BesitzerInnen steht seither nur noch soviel Geld auf dem Spiel, wie sie der Bank durch den Kauf von Aktien zur Verfügung gestellt haben. Damit ist der Anreiz für die Bank, riskante Geschäfte zu machen, gestiegen. Eine riskante, aber gewinnversprechende Geschäftsstrategie bestand darin, dass Banken mehr Banknoten druckten, als sie Gold besassen, um diese gegen Zins zu verleihen. Das ging gut, so lange die Banknoten nur selten zurückgetauscht wurden. Sowohl die mit dem zusätzlichen Geld erzeugten Spekulationsblasen als auch der Konkurs von Banken, bei dem nicht nur das Geld der Aktionäre, sondern auch das Geld der Anleger verschwindet, hatten Folgen, die weit über den Finanzsektor hinausgingen. Die Politik reagierte, indem sie die Definition des Geldes änderte. Um 1900 wurde es den Banken verboten, ihre eigenen Banknoten zu drucken. Diese Aufgabe wurde an Zentralbanken übertragen.

Nach der Einführung der Zentralbanken konnten Banken zwar keine Noten mehr drucken, aber es stand ihnen frei, Buchgeld zu schaffen. Wenn eine Bank einen Kredit vergibt, schreibt sie auf der Passivseite ihrer Bilanz die verliehene Geldmenge dem Kundenkonto gut. Auf der Aktivseite der Bilanz steht die Forderung auf Rückzahlung des Kredits. Mit diesem Buchhaltungstrick kann eine Bank Geld verleihen, das sie nicht hat. Sie muss das Geld erst dann besorgen, wenn ein Kredit als Bargeld ausgezahlt wird. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschah das noch oft. Von der Möglichkeit, sich sein

Kontoguthaben als Bargeld auszahlen zu lassen, wird aber seit dem Aufstieg des bargeldlosen Zahlungsverkehrs kaum mehr Gebrauch gemacht. Alle grösseren Zahlungen, von Löhnen über Mieten und Steuern bis zum Autokauf, werden heute per Sichtguthabenüberweisung abgewickelt. Sind Sender und Empfänger dieser Überweisung Kunden der selben Bank, so findet lediglich

eine bankinterne Umbuchung statt, ohne dass die Bank dafür Bargeld benötigt. Ist der Empfänger der Überweisung Kunde einer anderen Bank, muss eine Bargeldüberweisung zwischen den Zentralbankkonten der beiden Banken stattfinden. Auch der dadurch entstehende Bedarf an Bargeld verringert sich durch ausgeklügelte Verrechnungssysteme. Nur der Saldo aller Transaktionen zwischen zwei Banken wird überwiesen. Dieser Betrag kann durch gegenseitige Kreditgewährung der Banken noch weiter gesenkt werden.

Bargeld verursacht den Banken Kosten, da sie es von der Zentralbank leihen müssen. Folglich halten Banken nur so viel Bargeld, wie zur Aufrechterhaltung ihrer Geschäftstätigkeit notwendig ist.

In der Schweiz sind deshalb lediglich 5 Prozent der gesamten Geldmenge Noten und Münzen. Die Guthaben der Banken bei der Nationalbank machen 10 Prozent aus. Mit den Zinsen auf diese Guthaben kaufen sich die Banken das Recht, die restlichen 85 Prozent der Geldmenge zu erschaffen. Dieses Geld existiert nur in den Computern der Banken.

Im Gegensatz zur Nationalbank, die der Preisstabilität und dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtet ist, handeln private Banken im Interesse ihrer BesitzerInnen. Das führt zu Problemen, wenn die Banken selber Geld erschaffen können. Während eines Aufschwungs vergeben sie bereitwillig Kredite. Dadurch wächst die Geldmenge schneller als die Realwirtschaft: es kommt entweder zu einer Preisinflation oder zu einer Inflation an den Finanzmärkten, also zur Entstehung einer Blase. Während einer Krise tritt das Gegenteil ein: Banken vergeben nur zögerlich Kredite. Die Geldmenge schrumpft schneller als die Realwirtschaft und es kommt zur Kreditklemme. Mit ihren riskanten Geschäften schaden die Banken der Wirtschaft und bringen sich selber in Gefahr. Die Folgen eines Bankenkonkurses sind für den Rest der Wirtschaft heute bedrohlicher als je zuvor, da zu den AnlegerInnen, die dabei ihr Geld verlieren, auch andere Banken gehören. Es besteht die Gefahr, dass ein Bankenkonkurs eine Kettenreaktion auslöst und weitere Banken gefährdet. Die Banken werden aber nicht auf riskante Geschäfte verzichten, solange der Staat und die Zentralbank die Rolle eines durch Steuergelder finanzierten Sicherheitsankers spielen.

Ein zeitgemässer Vorschlag, wie der Staat die Kontrolle über die Geldmenge zurückgewinnen kann, macht der deutsche Soziologe Joseph Huber. Seine Vollgeld-Reform sieht vor, die Sichtguthaben aus den Bilanzen der Banken herauszulösen. Damit würde den Banken verunmöglicht, durch Buchhaltungstricks neues Geld zu schaffen. Mit den Kontoguthaben ausserhalb der Bankbilanz wäre es zum ersten Mal möglich, die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu nutzen, ohne dass das eingezahlte Geld zum Eigentum der Bank wird. Dieses Geld könnte bei einem Bankenkonkurs nicht verschwinden.

Zur Geldmenge gehört alles, was als Geld gebraucht wird. Wenn neue Arten von Geld breite Akzeptanz gewinnen, müssen die Kompetenzen der Zentralbank angepasst werden, damit sie die Geldmenge zum Nutzen der Allgemeinheit steuern kann. Als vor 100 Jahren Zentralbanken geschaffen wurden, ging es darum, die Banknoten staatlicher Kontrolle zu unterstellen. Heute liegt die Herausforderung darin, das Selbe für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu leisten.#

«Das ist eklatant leistungsungerecht»

Der Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Hochschule St. Gallen (HSG), Dr. oec. Ulrich Thielemann, steht Red und Antwort zu den Managerexzessen und denkt über eine ethische Wirtschaft nach.

von Thomas Leuzinger (text)

Im Moment sind Gesetzgeber und Rentabilität die Massstäbe für unternehmerisches Handeln. Halten UnternehmerInnen ethische Standards überhaupt aus eigenem Antrieb ein?

Ulrich Thielemann: Viele tun es, man sollte dies nicht grundsätzlich ausschliessen. Aber tun sie's hinreichend? Viele tun es defizitär, nutzen aber immerhin nicht alles aus, um höhere Renditen zu erzielen. Durchaus aus echter Verantwortung. Sonst hätten die radikalen GewinnmaximiererInnen ja auch gar keinen Spielraum mehr, um noch mehr herauszuholen, wenn sie ein gemässigt geführtes Unternehmen übernehmen. Aus der konsequenten Perspektive des Gewinnprinzips oder der Gewinnmaximierung wird alles dem Gewinn unterstellt. Auch die Gesetze befolgt man nur dann, wenn es sich auszahlt. Es wird zur Frage des Kalküls, des «Rechtsrisikos».

Ist Ethik für UnternehmerInnen nicht bloss ein Image-Produkt?

Für die konsequenten GewinnmaximiererInnen noch nicht einmal das. Ein schlechtes Image kann sich auch einmal auszahlen. Was daran liegt, dass die letzte Macht nicht bei der Öffentlichkeit liegt, sondern bei den Shareholdern.

Nennen Sie ein Beispiel.

CS-Chef Brady Dougan bezieht 70 Millionen Franken im Jahr. Kein Mensch in der Schweiz findet das angemessen und der Unmut darüber ist massiv. Zu recht. Das ist eklatant leistungsungerecht. Was eben tatsächlich zählt, ist die Macht der Beteiligten mit Blick auf den Shareholder-Value. Und meines Erachtens finden die Shareholder – also die Investoren – die jetzige Praxis gut.

Warum haben die Shareholder soviel Einfluss?

Für Dougan sind die Shareholder wichtig, weil sie die relevanten Stakeholder sind. Und die haben nichts gegen solche Saläre, im Gegenteil. Wenn UnternehmerInnen Milliarden scheffeln oder eine Bank eine Milliardenblase erzeugt, von der die Shareholder profitieren, geben diese gerne ein paar Prozent davon ab – sie würden ja ohnehin wieder von den SteuerzahlerInnen gerettet, oder sie machen sich vorher aus dem Staub.

Woher kommt denn all dieses Geld?

Für die Erzielung von Gewinnen, also Kapitaleinkommen – unter anderem werden daraus die Boni der ManagerInnen gespeist –, gibt es genau drei Möglichkeiten. Als erstes durch Anteile aus der, in der Regel ja wachsenden, realwirtschaftlichen Wertschöpfung. Dies ist ethisch durchaus nicht unproblematisch, da härterer Wettbewerb mehr Druck auf ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen bewirkt.

Als zweites durch Abschöpfung, ohne dass die reale Wertschöpfung gewachsen wäre: also durch Umverteilung von der Realwirtschaft zum Kapital. Für die Schweiz gibt es keine Zahlen, aber vom Wachstum in Deutschland hat in den letzten Jahren praktisch ausschliesslich das Kapital profitiert.

Als drittes durch die Erzeugung von Blasenkapital. Man erhält das Geld von anderen Investoren, solchen, denen man die eigenen Wertpapiere andrehen kann, obwohl sie schon lange überbewertet sind.

Das globale Finanzvermögen – das sind Ersparnisse, Eigenkapital, private und öffentliche Schulden addiert – ist seit 1980 um den Faktor 17 gestiegen, die Realwirtschaft nur um den Faktor drei. Beim überwiegenden Teil dieses Finanzvermögens handelt es sich offenkundig um Blasenkapital. Wie sollte die Realwirtschaft die diesem Kapital entsprechenden Renditen erwirtschaften? Sie kann und soll dies nicht. Wollen wir noch mehr Abschöpfung oder noch mehr Wettbewerbsdruck? Es besteht aus meiner Sicht kein Zweifel, dass dieses Kapital genau so wieder verschwinden muss, wie es entstanden ist. Das heisst, es muss zu grossen Teilen vernichtet werden.

Gerade den TopmanagerInnen mit ihren Saläre sollte aber klar sein, dass diese Gewinne nicht nachhaltig sind.

Ich denke auch, dass sie es wissen. Aber sie können diese Gewinne in echtes Geld umwandeln und damit

▶▶

Druck auf die Realwirtschaft ausüben. Die Grenze zwischen Blasenkapital und realwirtschaftlich gestütztem Kapital ist meines Erachtens letztlich eine normative Frage: Lassen wir es zu, dass das Kapital weiter Druck auf die Realwirtschaft ausübt?

Warum bleiben wirkungsvolle Einwände gegen solche astronomischen Gewinne und Saläre aus?

Die Komplexität der Machtverhältnisse ist so gelagert, dass es vollkommen illusionär wäre, allein auf die Einsicht der Beteiligten zu setzen. Also brauchen wir eine Regulierung. Und zwar nicht nur, weil Vergütungen dieser Grössenordnung nicht leistungsgerecht sind, sondern auch, weil sie die Gier im Unternehmen entfachen und, im Falle der Banken, Anreize zur Blasenbildung geben. Meines Erachtens müssten die Anteile, die die Shareholder dem Management oder sonstigen exponierten Mitarbeitern wie Investmentbankern in Form variabler Vergütungen zahlen dürfen, beschränkt werden. Dies würde den Druck des Kapitals aus den Unternehmen nehmen. Das könnte der Schlüssel sein, um Unternehmen weniger «kapitalistisch» zu machen. Vermutlich funktioniert das aber nur auf globaler Ebene.

Ist das kein Eingriff in die Unternehmensfreiheit?

Das Wirtschaften ist schon lange keine private Angelegenheit mehr, sonst hätte man beispielsweise die UBS nicht retten müssen. Deshalb greift die Massnahme nicht zu weit in die Vertragsfreiheit ein. Wenn die Shareholder dem Management Millionen hinterherwerfen möchten, dann können sie das immer noch tun, aber sie dürften es nicht variabel tun. Damit würde eine Mässigung einkehren, nicht nur in den Löhnen, sondern auch im Geschäftsgebaren.

Vielfach scheint ja die Meinung vorzuherrschen, dass Einkommen aus dem Nichts geschöpft würden. Und je «talentierter» man dabei ist, desto höher fällt es aus. Man übersieht dabei, dass Einkommen stets arbeitsteilig erzielt werden. Und schliesslich wird man ja von anderen bezahlt. Natürlich sind Einkommen wie die von Dougan Millionen Kilometer weit von einer leistungsgerechten Vergütung entfernt.

Was halten sie vom Juso-Vorschlag zur Einschränkung dieser Lohnexzesse?

Die Initiative ist unter Fairnessgesichtspunkten – nicht bloss unter Solidaritätsgesichtspunkten – ein legitimes politisches Anliegen, da die Einkommen niemals privatim erzeugt werden, sondern arbeitsteilig, mit anderen und im Wettbewerb auch gegen andere. Solche Regulierungen sind also kein Tabu, wie Libertäre meinen. Einkommen sind keine Privatangelegenheit. Wie hoch das Verhältnis zwischen Oben und Unten sein soll, das ist eine typische Abwägungsfrage – eine politische Frage.

Interessieren sich UnternehmerInnen nicht für Ethik?

Eigentlich müsste eine solche Regulierung im wohlverstandenen Eigeninteresse der Unternehmen liegen. Die Unternehmer müssten votieren: Wir wollen eine Rahmenordnung, die es uns erlaubt, in ethisch verantwortbarer Weise erfolgreich zu wirtschaften. Nicht so erfolgreich wie möglich – das ist sowieso nicht rechtfertigungsfähig. Aber es muss möglich sein, etwas Sinnvolles zu produzieren und damit Markterfolg zu haben ohne von einem ethisch schmutzigen Wettbewerb aus dem Geschäft gedrängt zu werden. Dazu müssten sie allerdings das Primat der Ethik, anstelle des Primats des Gewinns anerkennen. Die Unternehmer müssten für wahrhafte Geschäftsethik einstehen.

Aber das tun sie nicht.

Ich behaupte, die grundsätzlichen wirtschaftsethischen Probleme unserer Zeit haben wenige verstanden. Welches Unternehmen versteht denn gutes Management als Suche nach einem fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten, den Shareholdern eingeschlossen? Nur so können wir gutes Management definieren. Was die WirtschaftsethikerInnen sagen, wird oft als Elfenbeinturmdenken abgetan. Die UnternehmerInnen fragen kaum Ethikberatung nach. Warum es bei der Unternehmensethikberatung so harzt, ist eine offene Frage. Wahrscheinlich weil man von der Wirtschaftsethik «Lösungen» erwartet statt Orientierungen.

Wie würden Sie denn wirtschaftsethische Grundsätze generell formulieren.

UnternehmerInnen, ManagerInnen oder KapitalgeberInnen: verabschiedet euch vom Gewinnprinzip. Das ist die erste und wichtigste Grundlage. Wenn Gewinnmaximierung betrieben wird – das heisst, alles daran gesetzt wird, dass die Gewinne so hoch wie möglich sind – ist das unternehmerische Handeln alles mögliche, aber nicht legitim. Man versucht ja das Gewinnprinzip zu retten, indem man sagt: Ethik zahlt sich langfristig aus. Vier Argumente dagegen: Erstens ist Ethik nicht messbar, zweitens ist der Gewinn nicht neutral, drittens erfolgt das Einhalten ethischer Grundsätze so bestenfalls opportunistisch und viertens wird hier letztlich das Recht des Stärkeren, also eine Antiethik, vertreten: Beachtet wird nur der, der die Macht hat, auf die Rentabilität Einfluss zu nehmen.

Warum werden wirtschaftsethische Standpunkte nicht nur von den UnternehmerInnen, sondern auch in den Medien nur wenig beachtet?

Das ist mehr ein Thema der Qualität der Medien, die jahrzehntelang das Kapital hofiert haben – indem sie etwa die Gewinne der Unternehmen einfach als «Erfolg» feierten, ohne einen Moment zu fragen, ob es sich um faire Wertschöpfung oder um unfaire Abschöpfung handelt. Sie sind auf die einfachsten populistisch-ökonomistischen Thesen hereingefallen und haben diese weiterverbreitet. Etwa indem sie die Marktmächte einfach abbildeten und als hinzunehmende «Tatsachen» verkauften. Natürlich gilt das nicht für alle Medien. Doch ich denke, gerade hier täte wirtschaftsethische Aufklärung Not.

Sie wünschen sich mehr Beachtung?

Ja natürlich, wobei ich mich persönlich nicht unbedingt beklagen muss. Aus meiner Sicht geht es hierbei weniger um mich, als vielmehr um die Idee und Vision einer ethikbewussten Ökonomie, in Theorie und Praxis. Die Aufgabe der Wirtschaftsethik besteht aus meiner Sicht letztlich darin, sich selbst als eine separate Disziplin überflüssig zu machen. Es wird zu wenig beachtet, dass das Thematisieren des Wirtschaftens immer durch und durch normativ ist. Und die Frage ist einzig: Tun wir das methodisch diszipliniert oder tun wir das aus dem hohlen Bauch heraus, wie es im Moment die gängige Praxis ist.#

Morgenrot am Steuerhimmel

Steuergerechtigkeit ist ein Mythos. Immerhin: In einem besonders stossenden Fall hat nun das Bundesgericht ein Machtwort gesprochen.

von Florian Keller (text)

Nach einer Beschwerde wurde das Berner Steuergesetz vom höchsten Gericht der Schweiz auf seine Verfassungsmässigkeit hin überprüft. Mit Urteil vom 25. September 2009 hat das Gericht einzelne Bestimmungen über die Besteuerung von AktionärInnen aufgehoben. Auch im Schaffhauser Recht existieren identische Bestimmungen, welche nun als verfassungswidrig erkannt sind.

Ausgangspunkt der fragwürdigen Bestimmungen war die Unternehmenssteuerreform II, welche vom Bundesrat im Jahr 2001 in Vernehmlassung gegeben wurde. Das bundesrätliche Hauptziel war die Milderung der steuerlichen Doppelbelastung von Unternehmen und AktionärInnen. Wenn Unternehmen ihren Gewinn zuerst versteuern und ihn dann in Form von Dividenden an die AktionärInnen ausschütten, wäre es nichts als gerecht, wenn die AktionärInnen diesen Gewinn nicht ein zweites Mal vollständig versteuern müssten. Diese Logik schlug sich in der Bestimmung nieder, dass fortan Aktionäre, die an einer Aktiengesellschaft mit mehr als 10 Prozent beteiligt sind, die ausgeschütteten Dividenden nur zu 60 Prozent versteuern müssen.

Freilich war diese Denkweise nicht unbestritten. Linke, GewerkschafterInnen und StaatsrechtlerInnen haben schwere Bedenken betreffend der Verfassungsmässigkeit der Regelung angemeldet. Sie sahen sowohl das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als auch das Gebot der Rechtsgleichheit verletzt. Ein Steuergesetz, welches die EigentümerInnen einer 9-Prozent-Beteiligung höher besteuert als die EigentümerInnen einer 12-Prozent-Beteiligung, müsse zwingend gegen die Bundesverfassung verstossen. Ausserdem sei zu berücksichtigen, dass es sich bei Unternehmung und AktionärInnen um zwei verschiedene rechtliche Personen mit jeweils eigenen Ansprüchen ans Gemeinwesen handle. Eine in Privathaushalten tätige Reinigungskraft zahle auch nicht nur auf einen Teil ihres Lohns Steuern, obwohl der Arbeitgeber sein Einkommen bereits versteuert habe. Insofern könne von einer ungerechtfertigten steuerlichen Doppelbelastung nicht die Rede sein.

Durchsetzen konnten sich diese Einwände nicht. Das Schweizer Stimmvolk hat der Reform nach siebenjähriger zäher Debatte am 24. Februar 2008 nach einer eigentlichen Abstimmungsschlacht mit 50.5 Prozent der Stimmen zugestimmt. Parallel dazu haben zwischen 2004 und 2009 18 Kantone ähnliche und in der Regel über die Bundesbestimmungen hinausgehende Gesetze erlassen.

Damit ist eine gerichtliche Überprüfung der Bestimmungen möglich geworden. Während Bundesgesetze nämlich selbst dann angewandt werden müssen, wenn das Bundesgericht sie als verfassungswidrig betrachtet, können kantonale Gesetze direkt auf ihre Verfassungsmässigkeit hin überprüft werden. Zwar stellen sich Bundesbestimmungen – ob verfassungsmässig oder nicht – wie eine Schutzwand vor die kantonalen Erlasse. Wenn die Kantone aber Bestimmungen erlassen, welche den bundesrechtlichen Schutzwall überlappen, können diese Gesetzesartikel angefochten werden. Das war sowohl in Bern als auch in Schaffhausen der Fall. Beide Kantone gingen weiter, als im Bundesgesetz vorgesehen, indem sie zum Beispiel neben der 10-Prozent-Beteiligung auch eine Beteiligung im Wert von zwei Millionen Franken als ausreichend deklarierten, um in den Genuss des Steuerprivilegs zu kommen. Anstelle besonderer unternehmerischer Verantwortung reichte plötzlich auch besonderer Reichtum.

Jetzt hat das Bundesgericht im Berner Fall sämtliche Bestimmungen, welche sich nicht direkt hinter dem Schutzschild Bundesgesetz verstecken können, als verfassungswidrig taxiert und sogleich aufgehoben. Ausserdem lässt es in seiner Urteilsbegründung keinen Zweifel daran aufkommen, dass es auch die durch Bundesgesetz geschützte Teilbesteuerungspraxis als verfassungswidrig betrachtet. Das ist eine politische Exponierung, welche das Bundesgericht nur sehr selten wagt.

Damit hat das Bundesgericht zum zweiten Mal innert kürzester Frist Gesetzesbestimmung im kantonalen Steuerrecht kassiert. Der Fall Obwalden mit dem degressiven Steuertarif für Superreiche lässt grüssen. Bundesrat und bürgerliche Parteien haben in beiden Fällen keine Ungerechtigkeit feststellen können – oder wahrscheinlich vielmehr nicht feststellen wollen. Das muss zu denken geben.#

Quellen, Nachweise und weiterführende Informationen

Begriffe

Stakeholder

Als Stakeholder bezeichnet man sämtliche Akteure, die von den Handlungen einer Organisation betroffen sind oder diese beeinflussen. Dazu gehört die Gesellschaft als ganzes gleichsam wie die Arbeitnehmenden.

Shareholder

Der Shareholder ist Eigentümer der Aktiengesellschaft - selbstverständlich meist nur eines kleinen Teils derselben.

Shareholder Value

Entspricht dem Marktwert sämtlicher Aktien eines Unternehmens. Vereinfacht gesagt ist es der Gesamtwert einer Unternehmung.

Links

www.monetative.org

Die Homepage der Vollgeldreform, die den Banken die Geldschöpfung verunmöglichen möchte.

www.rat-kontrapunkt.ch

Beschreibt Visionen zu einer Wirtschaftsreform: der Finanzsektor soll Service Public werden.

http://www.clubofrome.org/

Informationen zu den Herausforderungen der Aktualität die durch die Wachstumspolitik mitverursacht werden.

http://www.steuerwende.ch/

Kampagne der Erklärung von Bern, die die öffentliche Diskussion über Steuergerechtigkeit lancieren will.

http://www.tinyurl.com/bgebern

Urteil des Bungesgerichts gegen das Berner Steuergesetz.

http://www.globalrichlist.com

Findes Sie heraus, wie reich Sie wirklich sind.

Personen

Ulrich Thielemann

Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Er war letztes Jahr in eine Kontroverse um das Bankgeheimnis involviert, weil er sich vor dem Bundestag kritisch äusserte.

Donella Meadows

Amerikanische Biophysikerin und Chemikerin, die zusammen mit ihrem damaligen Ehemann Dennis Meadows, das wegweisende Werk «The Limits to Growth» schrieb.

Kiffen bleibt Thema

Die Diskussionen um die Entkriminalisierung von Cannabis nehmen kein Ende. Mehrere Vorschläge sind auf dem Tisch, aber alle sind umstritten.

von Thomas Leuzinger (text)

Die KifferInnen nur noch mit einer Busse zu bestrafen, ist der aktuellste Vorschlag, der bezüglich Entkriminalisierung des Cannabiskonsums durch die nationalen Kammern wandert. Der Cannabis-Konsum soll laut dem Vorstoss, der im Jahr 2004 von der Fraktion CVP/EVP/glp eingereicht wurde, dem Ordnungsbussenverfahren unterstellt werden. Wer beim Kiffen erwischt wird, würde einen fixen Bussentarif bezahlen. «Somit würden auch keine Verfahrenskosten mehr entstehen», sagt Patrick Caprez, Pressesprecher der Kantonspolizei Schaffhausen. Und man würde «nur noch für Inkasso-Zwecke registriert werden».

Die Gesundheitskommissionen von National- und Ständerat haben der Parlamentarischen Initiative Folge gegeben, was aber noch nicht viel heisst. Nun muss eine Subkommission einen Entwurf für einen Erlass ausarbeiten, der dann wiederum durch die beiden nationalen Kammern geht – wenn überhaupt.

Rückzug noch offen

SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr hat Zweifel: «Ob die Initiative nicht zurück gezogen wird, ist offen.» Ein Teil der Vorschläge sind bereits 2008 mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes angenommen worden. Ob sich da noch eine Mehrheit finden lässt, ist zweifelhaft. Fehr selbst lehnt den Vorschlag ab, weil damit die Kriminalisierung des Canabiskonsums weiterhin bestehen bliebe.

Die Ordnungsbusse für KifferInnen ist aber noch nicht vom Tisch. EVP-Nationalrat Walter Donzé hat eine Motion mit dem Titel «Cannabis-Problematik konstruktiv angehen» eingereicht, worin es wiederum heisst: «Das Konsumverbot muss durchgesetzt werden, beispielsweise mit einfachen und rasch auszusprechenden Ordnungsbussen.»

Weitere Vorschläge hängig

Dieser Vorschlag wartet genauso darauf, im Nationalrat behandelt zu werden, wie der dritte Vorstoss in Sachen Cannabis. Katharina Prelicz-Huber von den Grünen fordert – wie auch Hans-Jürg Fehr – eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums: «Das Betäubungsmittelgesetz ist so zu ändern, dass straffrei bleibt, wer psychoaktive Substanzen der Hanfpflanze konsumiert und Hanfpflanzen für den Eigenbedarf besitzt oder erwirbt.»

Die Diskussionen um den Umgang mit Cannabis dürften noch einige Jahre anhalten. Einfacher in der Entkriminalisierungsdebatte hat es der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter: «Ich stehe einer Liberalisierung grundsätzlich ablehnend gegenüber. Nur weil der Cannabiskonsum eine Modeerscheinung geworden ist, sollte man noch lange nicht eine Vereinfachung des Gesetzes vornehmen.»#

Ein Filmemacher zwischen Ruinen

Ray Smith lebt mit dem Militär, dem Geheimdienst und 20'000 palästinensischen Flüchtlingen in den Ruinen Nahr al-Bareds.

von Thomas Leuzinger (text)
und Ray Smith (bild)

Libanon. Nahr al-Bared. Fünfzehn Kilometer Luftlinie von der Nordgrenze zu Syrien. Ein Flüchtlingslager der PalästinenserInnen. Teilzeitwohnort von Ray Smith und ein Wohnort auf Zeit für die 20'000 PalästinenserInnen, die dort leben und auf Veränderung warten.

Ray ist der einzige AusländerInnen, der hin und wieder einige Monate in der Militärzone zwischen dem zerstörten alten Camp auf UN-Gebiet und dem libanesischen Staatsgebiet, in dem das zivile Recht gilt, verbringt. Wird er beim Filmen in der Militärzone erwischt, kann er «verhaftet, bisschen eingeknastet und deportiert werden», wie er sagt.

Ray stellt das Bier beiseite, beginnt den Vortrag: «Unterbräched mi, wenn'r Froge hend.» Das runde Dutzend, das den Weg ins Kasama an der Zürcher Militärstrasse gefunden hat, ist eine bunte Mischung von Jung und Alt. Fragen gibt es noch keine, aber eine Bitte. «Natürlich, sorry, Hochdeutsch, klar, vergass ich zu fragen», meint Ray und stoppt die Präsentation auf der Leinwand. Die Einführung ist kurz, Ray will sich nicht wiederholen und die meisten sind nicht zum ersten Mal bei einem seiner Vorträge zu Gast. Sie kennen die Geschichte des Camps.

Im Herbst 2007 kehrte Ray Smith mit den Flüchtlingen nach Nahr al-Bared zurück. Im Mai desselben Jahres war es zu den heftigsten Gefechten im Libanon seit Ende des Bürgerkriegs von 1989 gekommen, nachdem angeblich Kämpfer der radikal-islamistischen Fatah al-Islam einen Banküberfall verübten. Die KämpferInnen hatten sich im alten Camp von Nahr al-Bared verschanzt, worauf die libanesische Armee das Camp wochenlang belagerte, die KämpferInnen schliesslich besiegte und das Camp vollständig zerstörte.

Zwei Drittel der PalästinenserInnen kehrten zurück. Sie zogen ins Aussenquartier neben ihrem verminten und zerschossenen alten Wohnort. Das neue Camp ist auf libanesischem Staatsgebiet, von der Regierung als Militärzone deklariert und mit fünf Checkpoints abgeriegelt.

Schon ein Jahr vor den Gefechten war Ray zum ersten Mal in Nahr al-Bared. Mit seiner Arbeit begann er ein Jahr später, als er in einem anderen Camp weiter südlich versuchte, eine Gruppe junger Leute filmtechnisch zu schulen, damit sie nach ihrer Rückkehr die Lage in Nahr al-Bared dokumentieren können. Mit der Kamera und eisernem Willen treibt sich Ray seit 2007 immer wieder einige Monate im Jahr im provisorischen Camp herum. Von seiner Wohnung braucht er zu Fuss eine Viertelstunde bis ans andere Ende des neuen Camps, einen Bus gibt es selbstverständlich nicht.

Den letzten Film drehte er über einen Rapper, den er persönlich kennt und immer wieder besucht. Er kennt ohnehin an jeder Ecke jemanden und braucht unterdessen weit mehr als eine Viertelstunde, wenn er ans andere Ende will. Beinahe so kleinräumig wie in der Zürcher Militärstrasse, wo sich alle duzen. «Warum sagt der Rapper, dass er zurück nach Palästina will? Warum will er sich nicht integrieren?», fragt eine junge Frau mit ausgefransten Jeans, nachdem das Musikvideo des Rappers ausgeklungen ist. Ray meint: «Sobald du die Kamera in der Hand hast, sagt dir das jeder. Aber sie wollen nicht unbedingt zurück. Er will schlicht eine Zukunft, ob in Europa oder im Libanon.»

Die persönlichen Motive lässt Ray bei seinen Vorträgen aussen vor. Wichtiger ist die Lage in Nahr al-Bared. «Die interessantesten Geschichten erfahre ich informell beim Kaffee oder in den Sammeltaxis», sagt Ray. Auf der offenen Strasse hört er wenig, filmen muss er versteckt bei den PalästinenserInnen zu Hause, im Geschäft oder in einer der unzähligen Ruinen. Normalerweise durchqueren die JournalistInnen das Camp nur flankiert von SoldatInnen oder vom Geheimdienst, unzufriedene Leute treffen sie dabei natürlich nicht.

Etwa den jungen Frisör, der sofort ins Ausland verschwinden würde, wenn er könnte. Den Rapper, den es wegzieht, nach Beirut, weil er dort nicht zwischen Ruinen eingeklemmt ist. Den Schreiner, dessen Qualitätsprodukte nicht mehr gefragt sind, weil die libanesische Kundschaft von ausserhalb des Camps fehlt. Das Geschäft in der Militärzone liegt brach, die Perspektiven sind düster. Daran konnte auch Ray nichts ändern. «Ich leiste Hilfe zur Selbsthilfe», meint er.

▶▶

Sein Ziel ist es, dass die palästinensischen Flüchtlinge selbst filmen und selbst über ihre Lage berichten. Deshalb hat er mehrfach Kameras ins Camp geschmuggelt. Dass seine Arbeit bisher keine Früchte trug, deprimiert ihn nicht. «Es ist nicht das erste Mal, dass es nicht funktioniert.»

Dennoch bleibt er hartnäckig. Die Wiederaufbauarbeiten des alten Camps kommen langsam ins Rollen. «Einige Jahre wird es noch gehen», sagt Ray. Doch das Camp soll unter libanesischer Führung geleitet werden. Und das verheisst nicht unbedingt Gutes. Den palästinensischen Flüchtlingen werden verschiedene Grundrechte verwehrt. Etwa das Recht auf Arbeit, das durch ein Berufsverbot für rund zwanzig Berufe eingeschränkt wird, wie das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) berichtet. Was auf die palästinensischen Flüchtlinge zukommen wird, bleibt offen. Sie wünschen sich das alte Camp auf UN-Gebiet mit eigener Regierung zurück.

Abseits des Kasama in Zürich nimmt an diesem Abend kaum einer Kenntnis von der Lage in Nahr al-Bared. Die Medien haben ihren Blick weiter im Süden, an der libanesisch-israelischen Grenze. Ray Smith richtet seine Botschaften primär an die LibanesInnen und die PalästinenserInnen.

Dennoch ist er auch in Europa für Vorträge unterwegs. Zürich, Coppet, Lausanne. Eine Woche später hat er nicht nur einige Vorträge hinter sich, er hat auch arabische O-Töne für seinen neuesten Film aufgenommen und ihn auf die Homepage des Filmkollektivs a-films hochgeladen. Mit den Vorträgen deckt er einzig die technischen Ausgaben, für die Reise kommt er selbst auf.

Die Einreise ins Camp wird allerdings immer schwieriger. Die libanesische Regierung hat die Einreisebestimmungen verschärft. Früher konnte Ray über die UNRWA bei der Armee eine Bewilligung beantragen. Nun akzeptiert die Armee die UNRWA nicht mehr als Mediatorin. Zu gefährlich ist es ihm noch nicht, aber gewisse Sorgen hat er schon, ansonsten wäre er nicht unter einem Pseudonym unterwegs. Doch er relativiert: «Ich habe von 2002 bis 2007 regelmässig in Nablus oder Palästina gearbeitet und dort weit krassere Dinge getan und erlebt. Die Gefahr in Nahr al-Bared ist für meine einheimischen Freunde weit grösser.» #

➜ a-films.blogspot.com

REZENSION

«Reichtum ohne Leistung»

von Martin Jung

Die 225 reichsten Menschen besitzen mehr, als die ärmere Hälfte der Welt. Als ehemaliger Chefstatistiker des Kantons Zürich kennt Hans Kissling die Zahlen, die belegen, dass die Vermögen in der Schweiz, die als entwickeltes, demokratisches Land mit breitem Mittelstand gilt, sogar noch ungleicher verteilt sind als im weltweiten Durchschnitt. Im Kanton Zürich besitzen die reichsten drei Personen mehr Vermögen als die ärmere Hälfte aller Steuerpflichtigen. Die hundert Reichsten besitzen gleich viel wie 550'000 oder drei Viertel aller Steuerpflichtigen.

Doch Kissling liefert nicht nur Zahlen, er bezieht auch Stellung. Die Eigentumsordnung der Marktwirtschaft hält er für gerechtfertigt, wenn nur die persönlichen Fähigkeiten darüber bestimmen, wer für Führungspositionen ausgewählt wird und hohe Einkommen erhält. Eine Marktwirtschaft, in der Chancengleichheit herrscht, steht im Gegensatz zum Feudalismus, wo die Höhe der Einkommen davon abhängt, in welche Familie man hineingeboren wurde.

Man kann lange darüber streiten, welche Löhne für welche Leistungen angemessen sind. Die Debatte um Boni und Managergehälter bezeichnet Hans Kissling aber als Ablenkungsmanöver. Den eigentlichen Skandal sieht er im Reichtum ohne Leistung. Geerbte Grossvermögen, aus denen hohe Einkommen in Form von Zins- und Dividendengewinnen entstehen, sind viel häufiger als Manager mit Millionengehältern. Schon mit einem Erbe von fünf Millionen Franken erzielt man ohne einen Finger zu rühren problemlos ein jährliches Einkommen von 200'000 Franken.

In den 90er Jahren fand ein bisher unerreichter Feudalisierungsschub statt. Durch die Deregulierung der Finanzmärkte, spekulative Finanzinstrumente und das Aufkommen der Kommunikationstechnologien boten sich einmalige Möglichkeiten, in die Klasse der Superreichen aufzusteigen. Dadurch ist die Zahl der Grossvermögen, die in Zukunft vererbt werden, markant gestiegen. In den nächsten 30 Jahren erben jährlich etwa dreissig Personen mehr als hundert Millionen und vier Personen über eine Milliarde Franken. Diese Superreichen nehmen Einfluss auf Politik und Wirtschaft und besetzen Führungspositionen, ohne sich im Leistungswettbewerb bewähren zu müssen.

Ein solcher Geldadel passt nicht in eine faire Marktwirtschaft. Darum schlägt Hans Kissling eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf Vermögen von über zwei Millionen Franken vor. Damit alleine wird Chancengleichheit nicht erreicht, aber das Wachstum von ohnehin schon gigantischen ererbten Vermögen könnte grösstenteils ausgebremst werden. #

«Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz» von Hans Kissling ist 2008 im Rüegger Verlag erschienen.

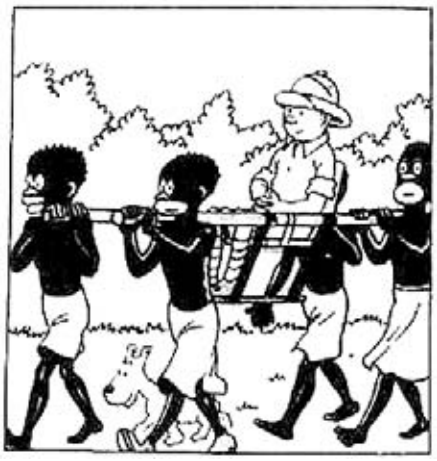
Einhalt den Parallelgesellschaften!

von Christian Erne

Nach der Abstimmung vom 27. November 2009 über den Islam steht ein für allemal fest: Wer seine Füsse unter dem Tisch von Herr Schweizer ausstreckt, hat gefälligst zu tun, was der sagt. Anständige Kleidung tragen zum Beispiel. Aber Achtung! Während Frau Onken noch das Bier aus dem Kühlschrank holt, schleicht die Unterwanderung unserer Volkskultur durch Parallelgesellschaften weiter voran. Wir haben die gefährlichsten unter ihnen aufgelistet:

KifferInnen und andere Drogensüchtige: sie verstossen gegen das Betäubungsmittelgesetz und finden das auch noch «voll easy». Sie verseuchen unsere Jugend mit Drogen und nehmen uns die Frauen weg. So beispielsweise Frau Onken, die am 1. Dezember 2009 im Club (SF1) völlig high von «Philosophen, Psychologen» etc. phantasierte, die mit ihr «die Hintergründe des Abstimmungsresultats ergründen» sollen. Wir fordern: Integrationsvertrag oder Ausschaffung!

Schwule und andere Homosexuelle: ihr teuflischer Plan darf nicht aufgehen! Unter dem Vorwand «nur etwas mit der Zunge spielen» zu wollen, verachten sie die erste Institution unseres Landes: die Ehe zwischen Mann und Frau, welche Jesus Christus der EDU persönlich in die Bundesverfassung von 1848 diktiert hat. Wir fordern: die Schliessung aller Theater, Kinos, Fernsehanstalten und Radiostationen (Ausnahme: buureradio.ch). Amen!



Asylanten und andere NEE-Neger: ganz Made im Speck lachen sie über unsere Zivilisation, wie wenn diese ihrem Kontinent keinen Fortschritt gebracht hätte. Terrorfürst Bienvenu Mbutu klagte unlängst sogar vor fremden Richtern gegen die Schrift «Tim und Struppi im Kongo» des grossen Aufklärers Hergé. Wir fordern: Rechtssprechung in Zukunft nur noch durch den Souverän!

Biobauern und andere Linksextreme: sie verhüllen unsere Frauen mit feinem Gemüse. Ihr Machtsymbol zeigt dagegen geradezu unverhüllt, wie sie uns ihre kranke Ideologie einzupflanzen versuchen. Wir fordern: die Abschaffung der Knospe auf allen Verpackungen!

Weggespart werden tut weh

von Christian Erne

Eine Polemik rund um die Ausdünnung des Express und der Schaffhauser Nachrichten.

Seit Februar 2010 werden in der populärsten Schaffhauser Wochenendbeilage diverse Gastbeiträge nicht mehr abgedruckt (die Kochkolumne «Zucchini» von Diana Zucca und die Comicstrips von Marc Patterson etwa) aber auch ganze Rubriken bleiben künftig gestrichen: «Pop-Up» für die Anpreisung von DVDs etc. und die Promi-Foto-Doku «Ein Tag im Leben von». Wen kratzt das? U.a. die, die weggespart wurden.

«Und ihr? Mich nimmt wunder, wie ihr zum Express steht», frug Ex-Kolumnistin Zucca Anfang April per Mail-Verteiler und rief zum Erhalt eines «biodiversen» Magazins auf, denn «aus einem Magazin mit vielfältigen Inhalten ist eines geworden, das fast nur noch einen Zweck verfolgt: das kulturelle Angebot der kommenden Woche vorzustellen». Das war natürlich schon immer so gedacht, nur gab's da noch keine Krise und der Chef war in Geberlaune.

Jetzt aber das Sparprogramm: «Der Express spart sich kaputt!» schreibt der bekannteste Schaffhauser Blogger derkanzlah auf seinem Blog «schaffhausen.net». Doch wer spart da? Die Redakteure Susanne Huber und Lukas Linder? Erstere wohl kaum, schreibt sie doch selbst gerne Reportagen mit Untertiteln wie «Der Lockruf der Exotik». Letzterer vielleicht: er vermag schliesslich auch Frauen, z.B. in Sarajevo, stundenlang ins Gesicht zu schauen, ohne sich zu schämen: «Je länger man hinschaut, desto weniger kann man sagen, wie alt sie eigentlich sind.» Genau so und trotzdem: diese zwei sparen bestimmt nicht, bekämen sie das Geld gesprochen, und «Zucchini & Co.» würden weiter erscheinen.

Die Internetaktion inklusive Aufruf zum Leserbriefe schreiben ist bezeichnend: man bemerkt, dass sich etwas verändert und bemerkt man's erst, wenn einem die Wohnungstür eingetreten wird, bemerkts aber bloss an der Oberfläche. Wie wenn es dem Mutterhaus an der Vordergasse 58 je um Vielfalt gegangen wäre. «Pop-Up»-Medien bekam man von Konzernen zur Verfügung gestellt, wie man auch die Möglichkeit, sogenannte Reportagen über Pizzaservices in der Region zu schreiben oder das Budget für die Express-Redaktion nur zur Verfügung gestellt bekommen hat und immer nur: bekommen wird – oder halt nicht, je nach Marktlage.

Bei Meier&Cie. wird auch nur dort gespart, wo's am wenigsten weh tut. Aber weggespart werden tut eben trotzdem weh und so sperrt man sich noch in diesem Moment gegen die Einsicht, der Logik der Märkte unterworfen und austauschbar, ja gar – völlig unabhängig von der Qualität des Beitrages – gänzlich unbedeutend zu sein. Eine Einsicht zumal, für die man nicht besonders recherchieren braucht, schliesslich wird in der Chefkolumne keine Gelegenheit ausgelassen, zu betonen, wo man steht: «Titelvielfalt ist gut, Eigentümervielfalt bleibt besser» (Norbert Neininger). Sich im Geschäft halten, gründlich vorbereitet mit einem Weltwoche-Abo, um sich dann doch eventuell Tettamanti an den Hals zu werfen: der dritte Weg, welchen kürzlich die BAZ beschritten hat. Schliesslich teilen sich doch die zwei Kolosse Tamedia AG und die NZZ-Mediengruppe die lokalen Tageszeitungen des Schweizer Nordostens untereinander Blatt für Blatt und seit kurzem auch noch einvernehmlich auf. Die entsprechenden Nebelwerfer hätte man bei den SN bereits im Haus, den Aellig Pentti u.a. mit seiner diffusen Mischung aus Islamophobie, Klimawandelleugnung und Calmy-Rey-Bashing.

Papa-Bär muss sparen.

Zur Zukunft der SN-Wochenendbeilage orakelt denn auch Hermann-Luc Hardmeier auf «schaffhausen.net». Nicht minder bezeichnend, ist er doch einer, der in der Vergangenheit mehrmals übergangen wurde, als es um einen Express-Redaktionsposten ging. Er weiss darum, dass er von dortiger Adresse nicht mehr viel zu erwarten hat: «Ohne die Reportage werden die Jungen das Interesse am Express verlieren. Wer braucht schon die Agenda? Die gibts ja auch Online auf www.nordagenda.ch. Weniger Leser bedeutet noch weniger Einnahmen und die nächste Sparrunde ist schon in Sicht: Der Express wird noch kleiner werden und schliesslich auf eine halbe Seite zusammengeschrumpft und auf der letzten Seite der SN landen.» Hardmeier schliesst: «Nun kümmert's auch niemanden mehr, wenn noch der Rest verschwindet.» Kümmern tut's dann eventuell doch jemanden, denn dass die Reportage nicht mehr erscheint, ist schlicht gelogen.

Für was will man denn kämpfen? Für den Express und dessen Vielfalt? Wohl eher für den eigenen Zugang zum Dorfplatz, den man dann nach ein bisschen Protest auch bekommt: Irgendwer muss das Ausgehmagazin ja zusammenschreiben. Dass es im Kanton andere Zeitungen und Blogs gäbe, um das, was einem am Herzen liegt, zu veröffentlichen, kommt gegenwärtig gar nicht erst in Frage: gibt's halt kein Geld für. Und unter dem kapitalistischen Diktat kostet halt alles, und sei es nur die Zeit für eine Qualitätsreportage.#

we are ugly but we have the music

von HP Mullis (text)

Was für sie frei zu sein bedeute, fragt der Interviewer die Sängerin. Es sei einfach so ein Gefühl. Vergleichbar mit jenem des Verliebtseins, welches man einem Unerfahrenen sowieso nicht erklären könne. Die Sängerin weicht aus und doziert ein wenig, erzählt von Momenten auf der Bühne, spielt Sängerin im Interview. Dann, im Reden, eine plötzliche Bewegung mit dem Oberkörper nach rechts. Sie schaut und spricht jetzt nicht zum Gesprächspartner. «Ich sag Dir, was für mich Freiheit ist: N o F e a r .» Beinahe ausgespuckt werden die beiden letzten Worte. Ihr Gesicht zeigt Zorn. Sie schaut nach innen. Langsam richtet sie den Oberkörper wieder auf. «Ich meine – wirklich – keine Furcht.» Sie unterstreicht diese Worte kurz mit den Händen, ihre Mimik beginnt sich wieder aufzuhellen. Sie wirkt nun traurig und nachdenklich.

Nina Simone schafft es als klassisch ausgebildete Pianistin beinahe in eine der damaligen Konzert-Kaderschmieden in den USA und verdient ihren Lebensunterhalt als Sängerin am Klavier in einer Bar. Sie ist verwurzelt in der afroamerikanischen Gospelkultur des Südens und nennt sich nach einer französischen Schauspielerin der Fünfziger Jahre Simone Signoret. In ihrer etwas über 40-jährigen Karriere spielt sie Jazz-Tunes, alte Blues-Gassenhauer, Lieder aus Musicals und Filmen, Folk-Songs und Chansons. Sie covert unter anderen Jacques Brel, Randy Newman, Charles Aznavour, Duke Ellington gleichwohl wie Bessie Smith, Bob Dylan, Sandy Denny und die Bee Gees. 1964 singt sie die zornigste aller Seeräuberjennys. 1971 glaubt man ihr jedes Wort in einer luftigen und verhalten zukunftsfrohen Version von George Harrisons ‹Here Comes the Sun›. Man säuft im «Gin House Blues» , liebt und leidet in «The Other Woman», tanzt in «See-Line Woman», baut sich auf in «Feeling Good».

Einen grossen Hit landete Nina Simone nie, obwohl es Mitte der Sechziger Jahre seitens ihrer Plattenfirma nicht an Versuchen mangelt. «Don't let me be misunderstood» und «I Put a Spell on You» werden mittlere Erfolge in England, wo ihr Bewunderer Eric Burdon damit eine Karriere startet. Die wenigen von ihr selbst geschriebenen Lieder stehen im Kontext der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Teil sie mehr und mehr wird. Die Hymne «To Be Young, Gifted and Black» in der Rocksteady Version von Marcia Griffiths und Bob Andy leuchtet dabei zu Recht immer wieder mal in einem DJ Set in Schaffhausen.

Einige Zeit nach der Ermordung Martin Luther Kings verlässt sie die USA. Mitte der Siebziger läuft der Plattenvertrag aus. Sie lebt unter anderem in Liberia, in Belgien und der Schweiz, schreibt eine vielbeachtete Autobiographie, gibt immer wieder Konzerte und nimmt bis 1993 sporadisch Platten auf. Am 21. April 2003 stirbt Nina Simone nach längerer Krankheit in ihrem Haus in Südfrankreich.

Michael Stipe nennt Rufus Wainwright die neue Nina Simone. Die Performerin Peaches wählt ihren Namen nach einer der vier Frauenfiguren in Nina Simones Song «Four Women». Antony Hegarty, Leslie Feist, Cat Power und My Brightest Diamond covern Nina Simone.

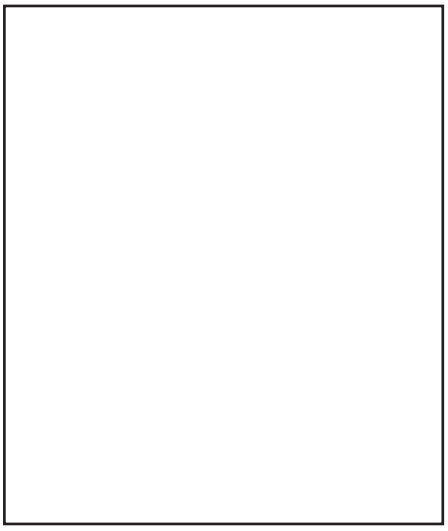
J kauft ihrem Freund C in einem Berliner Plattenladen die Original LP des 68er Albums «'Nuff Said!».

Ein junger User aus Costa Rica schreibt auf last.fm: «Nina Simone... all my feelings,,, all my emotions,,, all my senses.., all in her voice!!!» User Hape60 schreibt zurück «you're right.»

«Everybody is half dead. Everybody avoids everybody. All over the place. In most situations. Almost all the time. I know – I'm one of everybody. And to me it is terrible. And so, all i'm trying to do all the time, is just open people up. So they can feel themselves and get themselves be open to somebody else. That's all. That's it.» (Nina Simone)#

To be free: The Nina Simone Story
3cd/1dvd rca/legacy

Zum Selbermalen



Ein besonders schönes Endlager.

Einsenden

Sie sind ein Grafikexhibistionist und talentiert im Umgang mit Form, Kontrast und Ausdruck?

Senden Sie uns Ihre Skizzen, Ideen und Vorschläge ...

... eingescannt an die eMail-Adresse lappi@al-sh.ch
... ausgeschnitten ans AL-Postfach:
Alternative Liste Schaffhausen
Postfach 5
8201 Schaffhausen

«Der Staat soll auch Unternehmer sein»

AL-Kantonsrat Matthias Frick (24) stellt sich für den Regierungsrat auf. Der junge Trasadinger steht dem Lappi Red und Antwort.

■ *Matthias, du bist jung und deine politische Karriere noch jünger. Wieso traust du dir zu, Regierungsrat zu werden?*

Matthias Frick: Ich bin grundsätzlich am politischen Lernen interessiert. Deswegen reizt es mich, diesen Weg zu gehen. Klar kandidieren normalerweise um einiges erfahrenere Politiker für den Regierungsrat, aber unabhängig von dieser Erfahrung braucht jeder neu gewählte Regierungsrat eine gewisse Gewöhnungszeit. Ein Exekutivamt ist doch etwas Spezielles. Ich bin überzeugt, dass ich innert nützlicher Frist das nötige Rüstzeug erwerben werde, das dieses Amt braucht.

Dein Alter ist also kein Handicap?

Nein, überhaupt nicht. Gerade meine jugendliche «Unwissenheit» könnte mir zum Vorteil gereichen, denn langjährige politische Mandatsträger neigen dazu sich aneinander anzugleichen. Sie werden, könnte man sagen, durch das «System» geformt. Frischer Wind tut da gut.

Wie wurde der Regierungsratskandidat Frick zum Politiker?

Ich bin mit Politik aufgewachsen. Ich hatte damals natürlich keine Ahnung, aber ich mag mich an die «Stopp F/A-18»-Kampagne der GSoA erinnern und daran, wie ich zu Hause das Telefon abgenommen habe und anstelle meines Vaters von politischen Gegnern Rüffel einfing. Später haben gute Lehrer die richtigen Fragen gestellt und so mein Interesse an Politik verstärkt.

Du bist jung und links. Wie links?

Sehr links. Es ist sehr wichtig, die Rechte der Schwächeren beispielsweise der Angestellten zu stärken und nicht das Kapital. Es ist wichtig, bildungsferne Schichten zu fördern. Zentral ist weiter, dass der Staat nicht geschwächt wird. Der Staat kann und soll auch Unternehmer sein.

Vielleicht bleibst du einziger linker Kandidat. Wie holst du die Leute von linksaussen bis zur Mitte alle ab?

Um bekannt zu werden, muss ich die Nähe zur Bevölkerung suchen. Aber es braucht mehr, als in der Bahnhofsunterführung Äpfel zu verteilen. Die Tatsache, dass ich so jung bin, ist sicher ein Pluspunkt. Das sorgt hoffentlich für Aufmerksamkeit. Inhaltlich müssen Themen besetzt werden, die nicht bereits von anderen Parteien aufgegriffen werden!

Beispiel Bildungspolitik, Stichwort Hochschulinitiative: Kann es Sinn machen, dass jede kleinere Stadt in der Schweiz Hochschulbildung anbieten will?

Schaffhausen muss keine eigene Hochschule gründen, wir fordern aber Hochschulausbildungsplätze. Wünschenswert wäre eine Niederlassung einer bestehenden Hochschule. Heute verlassen viele Junge den Kanton zu Ausbildungszwecken und kommen danach nicht mehr zurück. Unser Kanton wird immer älter. Junge bleiben hier, wenn die Region ihnen Zukunftsperspektiven bietet. Dazu gehört ein gutes Ausbildungsangebot.

Und sicher auch Kultur. Wo sieht die AL da Förderungspotenzial?

Uns geht es darum, Freiräume zu schaffen, damit sich junge Kultur entwickeln kann. Darum brauchen wir mehr Bandräume. Eine radikalere Idee wäre auch, dass man sagen würde: Alle kantonseigenen Betonwände darf man besprühen. Dazu passt, dass sich die AL für mehr Toleranz einsetzt. Wir finden es wichtig, dass im Mosergarten Konzerte stattfinden können, auch wenn das nicht ganz ohne Lärm geht.

Dein Spezialgebiet ist die Energiepolitik. Deine Zukunftsvision: Mehr Selbstverantwortung und Dezentralisierung der Energieversorgung, wie erreichst du das?

Bald stellt sich die Nachfolgefrage für die alten Atomkraftwerke in der Schweiz. Die AL ist gegen neue Grosskraftwerke, weil so viel gebündelte Energie auch eine wirtschaftliche und politische Macht bedeutet. Wir alle werden mit der fortschreitenden Globalisierung mehr und mehr von Stromkonzernen abhängig. Die Lösung: Zurück zur regionalen Stromproduktion! Das EKS, das heute eigentlich nur noch ein Zwischenhändler ist, muss zum Produzenten werden. Auch der Einzelne trägt Verantwortung und kann bereits heute mit Bauen nach Minergiestandard, Solarenergie oder lokalen Wärmeverbünden einiges beitragen.

von Adrian Ackermann

Bildung, Wohlstand, Arbeitsplätze

STELLUNGNAHME

Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Schweiz. Mit der Hochschulinitiative will die Alternative Liste erreichen, dass dieser Rohstoff im Kanton Schaffhausen stärker gefördert wird.

Bildung ist das Fundament unseres Wohlstandes. Sie ist die Grundlage einer innovativen, zukunftsorientierten Wirtschaft. Der Bundesrat hat dies erkannt und investiert deshalb grosszügig in die Bildung, vor allem in Fachhochschulen, Höhere Fachschulen und Universitäten. Städte wie Baden, Biel, Brugg, Chur, Wädenswil und Winterthur bedienen sich aus den üppigen Bundesbudgets, bauen Hochschulen und entwickeln sich dank gut ausgebildeten Arbeitskräften zu attraktiven Standorten für Unternehmen. Die Folge: Firmen werden gegründet und angesiedelt, Arbeitsplätze geschaffen und neue Steuereinnahmen generiert. Der Kanton Schaffhausen hat diese Entwicklung lange verschlafen und droht nun komplett abgehängt zu werden. Das muss unbedingt verhindert werden.

Denn: Es ist nicht nur die Wirtschaft, die sich in Schaffhausen über den Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften beklagt. Es fehlt dem Kanton Schaffhausen insgesamt an Nachwuchs. Unser Kanton weist heute die zweitälteste Bevölkerung der Schweiz auf. Der Grund: Viele Junge verlassen Schaffhausen wegen eines Stu-

▶▶

AUS DEN RÄTEN

Die Dreckschleudern bestrafen

« Seit 40 Jahren ist das Gesetz über die Strassenverkehrssteuer in Kraft. Sechsmal stand eine Änderung zur Debatte, doch nie wurde die Chance wahrgenommen. Nach verschiedenen Vorstössen im Rat und einer überwiesenen Motion arbeitete die Regierung erneut einen Entwurf für eine Vorlage aus. Da sich das neue Gesetz aber hauptsächlich auf die Energieetikette stützt, hat die AL heftig Widerstand geleistet. Wir sind der Ansicht, dass die Energieetikette der falsche Indikator ist. Denn auch Fahrzeuge mit hohem CO_2-Ausstoss erscheinen in der effizienten Klasse A oder B und würden somit begünstigt. Auch wir sind für eine kostenneutrale Lösung, also einen Schlüssel, der keine zusätzliche Steuerbelastung bringt. Schaffhausen wäre so auch weiterhin bei den günstigsten Kantonen, was die Verkehrssteuern betrifft. Wir sind der Ansicht, dass nur eine solche Variante überhaupt die Chance hat, angenommen zu werden. Bei einer Verteuerung des ganzen Systems würde das Stimmvolk sicher gegen ein neues Gesetz stimmen.

Da die Motorfahrzeugsteuer verglichen mit dem Kaufpreis eines Neuwagens ein verschwindend kleiner Betrag ist, wird die Lenkungswirkung beim Kauf nur sehr gering sein. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass ein Rabattmodell für sparsame Fahrzeuge eingeführt wird.

Weil die Vorlage bei der gesamten Kommission keine Begeisterung ausgelöst hat, wurde der Regierungsrat eingeladen, eine neue Modellrechnung zu erstellen, welche auf der Umweltetikette basiert. Denn schon ab 2011 soll die Energieetikette bei Fahrzeugen von der neuen Umweltetikette abgelöst werden. Diese informiert neben der Energieeffizienz auch über die Umweltbelastung der Fahrzeuge. Dazu gehören Lärm, Sicherheit für Fussgänger, graue Energie und vieles mehr.

Jonas Schönberger über die Gesetzesrevision der Strassenverkehrssteuer.

Zweckverbände der Autolobby wehren sich gegen dieses neue Siegel, denn sie finden die Energieetikette ganz gut, obwohl sie weder sinnvoll noch gerecht ist. Doch das soll uns nicht kümmern. Sobald zwischen Sommer und Herbst 2010 die Unterlagen verfügbar sind, wird die Regierung die Kommission wieder zusammenrufen. Die zwei AL-Vertreter in der Spezialkommission Strassenverkehrssteuern, Matthias Frick und Jonas Schönberger, sind gerüstet für eine weitere Runde. »

diums. Das allein wäre nicht schlimm, wenn umgekehrt auch Junge zuwandern würden. Das ist aber zurzeit nicht der Fall. Die Hochschulinitiative ist ein geeignetes, kostengünstiges Instrument, um jetzt Gegensteuer zu geben. Wer vorausschauend politisiert, muss der Hochschulinitiative zustimmen. Denn die Überalterung führt mittelfristig zu immensen Kosten. Es fragt sich, wer diese zahlen soll, wenn bis dereinst nicht mehr Junge und Werktätige im Kanton leben.

Was genau will die Hochschulinitiative? Und wichtiger noch: Können wir uns das leisten?

Die Hochschulinitiative will, dass eine Hochschule oder ein Hochschulinstitut, zum Beispiel eine Abteilung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft, im Kanton Schaffhausen angesiedelt wird. Pro Jahrgang sollen 100 zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden. Das ist eine sehr moderate Forderung, immerhin verlassen pro Jahr rund 200 SchülerInnen die Kanti. Eine grosse Administration ist nicht erforderlich, es wird auch keinen finanziellen Hosenlupf geben.

Mit der Hochschulinitiative können drei Probleme gleichzeitig gelöst werden: Die Überalterung des Kantons wird gemildert. Es gibt einen Wachstumsimpuls für die Schaffhauser Wirtschaft. Und es gibt mehr Arbeitsplätze – und zwar nicht nur für gut qualifizierte Arbeitskräfte, sondern quer durch alle Bildungsschichten. Darum fordert die Alternative Liste Schaffhausen die StimmbürgerInnen auf: Sagen Sie JA, zu mehr Bildung, mehr Arbeitsplätzen und mehr Wohlstand!

von Christoph Lenz

Arbeitslosenversicherung: Sanieren, aber nicht so!

Der Raubbau im Sozialwesen geht weiter: das Parlament hat eine massive Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung beschlossen. Nun ergreift die Linke das Referendum.

Man stelle sich vor: Die Hausratsversicherung meldet sich und gibt bekannt, dass sie in letzter Zeit zu wenig Geld erhalten hat, um ihre Ausgaben zu decken. Man habe sich deshalb entschieden, dieses Defizit mit zweierlei Massnahmen zu decken: Einerseits müssen die Versicherten mehr Prämien bezahlen, andrerseits bezahlt die Versicherung in weniger Schadensfällen, um ‹falsche Anreize› auszumerzen und ‹die Eigenvorsorge› zu fördern. Geht nicht? Geht ja wohl, wenn auch nicht bei der Hausratsversicherung, sondern bei der Arbeitslosenversicherung. So argumentiert zumindest der Arbeitgeberverband in seiner Stellungnahme zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG).

Tatsächlich sind darin zahlreiche Leistungskürzungen enthalten. Sie betreffen aber nicht «vor allem jene Gruppen, die gute Chancen haben, rasch wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden», wie es die Arbeitgeber gerne weismachen würden, sondern alle. Zum Beispiel die jungen Versicherten, für welche die Änderungen am drastischsten sind. Werden sie arbeitslos, so erhalten sie nur noch zweihundert Taggelder (ganze 200 Tage weniger als zuvor). Zudem werden sie von der Verträglichkeitsklausel ausgenommen, die es ermöglicht, ein Angebot abzulehnen, wenn die eigenen Qualifikationen wesentlich besser sind als die Stelle erfordern würde.

Doch auch die älteren Versicherten sind von den Kürzungen betroffen. Auch bei ihnen wird die Dauer der Taggeldzahlung verkürzt. Diese Kürzungen sind besonders unsinnig, da dadurch die Menschen einfach schneller in die Fürsorge abgeschoben werden: die Kosten werden schlicht und einfach verlagert. Ausserdem müssen fast alle Versicherten länger warten, bis sie Hilfe erhalten. Studien- und LehrabgängerInnen zum Beispiel ein halbes Jahr.

Der Gewerkschaftsbund schreibt deshalb: «Die 4. AVIG-Revision ist eine Sparübung auf dem Buckel der Jungen, der älteren ArbeitnehmerInnen, der Beitragszahler sowie der Kantone und Gemeinden – und letztlich der Steuerzahler.» Weiter stellt er klar: «Die AVIG-Revision bringt nur Verschlechterungen: Für die Arbeitnehmenden und Arbeitgeber höhere Beiträge und weniger Schutz. Für die Arbeitssuchenden weniger Taggelder, weniger Weiterbildung und längere Wartezeiten. Für die Kantone und Gemeinden Mehrausgaben bei der Sozialhilfe.»

Die Alternative Liste kann diese unsoziale Sparübung nicht mittragen. Sie hat deshalb zusammen mit den Gewerkschaften, der SP und vielen weiteren linken Organisationen das Referendum ergriffen. Für die AL ist klar, dass man nicht gleichzeitig Milliarden für die Wohlfahrt der grossen Banken ausgeben und im Gegenzug die Arbeitnehmenden und die von Armut bedrohten Menschen bestrafen kann. Das Finanzloch bei den Sozialversicherungen muss mit Steuern auf die besonders hohen Einkommen geschlossen werden, nicht durch Leistungsabbau, der letztendlich nur zu einer Verschärfung der Existenzunsicherheit führt.

Bis zum 8. Juli müssen die 50'000 Unterschriften gesammelt sein, damit das Volk über die Abbauvorlage des bürgerlichen Parlaments abstimmen kann.

von Manuel Käppler

AL lanciert Öko-Bauernhofführer

Gemeinsam mit neun Biobauern aus dem ganzen Kanton schafft die AL eine Internetplattform für regionale und saisonale Produkte. Am 22. Mai wird das ehrgeizige Projekt aufgeschaltet und mit einem Fest im Mosergarten zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Bauernhofführer gibt Ihnen in Zukunft einen Überblick über die Bio-Produktion in unserer Region. Er sagt Ihnen genau, wer die Hersteller sind, wie diese produzieren und natürlich, welche Produkte man wo kaufen kann. Illustrierte Portraits jedes einzelnen Betriebs bringen ihnen Besonderheiten und Geschäftphilosophien näher, Rezepte der Bauern laden zum Selberkochen ein und detaillierte Kontaktmöglichkeiten bringen Sie weiter, wenn Sie noch mehr wissen wollen.

Am Anfang des Projekts stand das Anliegen der AL, sich für nachhaltige Produktion einzusetzen und deren Wertschätzung beim Konsumenten zu fördern. Die Idee, gerade die linke AL solle mit Bauern ein Netzwerk aufbauen, löste anfangs allerdings auch innerhalb der Partei einige Skepsis aus. Diese Bedenken politi-

scher Art erwiesen sich jedoch schnell als unbegründet. Das Projekt ist ein Erfolg. Gut ein Jahr hat die Umsetzung gedauert. Dabei hat das Team um Luca Tissi viele Erfahrungen gesammelt. Überrascht war man nicht zuletzt über die Offenheit und den Zuspruch der Bäuerinnen und Bauern, die fast ausnahmslos auf Anfrage sofort zugesagt haben. Schön waren die vielen menschlichen Begegnungen: «Wir wurden mit offenen Armen empfangen. In den Betrieben, die oft noch Familienbetriebe sind, steckt unglaublich viel Herzblut», so Tissi. Die Vielfalt an angebotenen Produkten ist beträchtlich. Vom Wein- über den Getreidebauern bis hin zur Nudelwerkstatt ist alles dabei. Nicht wenige Betriebe führen übrigens noch eigene Hofläden, durchaus keine Relikte aus vergangenen Zeiten: «Wieder direkt zum Bauer auf den Hof: eine schöne Idee!», findet auch Luca Tissi. Unterstützung erhalten hat das Projekt Bauernhofführer unterdessen auch von breiteren Kreisen. So steht das Label «Bio Suisse» voll und ganz hinter der Idee.

Nach der Lancierung im Mai soll der Bauernhofführer laufend aktuell gehalten und in naher Zukunft auch ausgebaut werden. Luca Tissi denkt dabei an die Biobauern im Weinland oder dem nahen Thurgau.

Bei der Lancierungs-Party im Mosergarten kann man den neuen Bauernhofführer direkt vor Ort an einer PC-Station für sich entdecken. Ausserdem werden an einem Stand verschiedene Produkte der beteiligten Betriebe angeboten.

von Adrian Ackermann

Velo-Vignetten
incl. Fahrrad-Fundregistierung
Fr. 6.90 im WWF-Laden, Vorstadt 18

Den Verkaufserlös aus Velovignetten investiert der VCS vollumfänglich in Velokarten, Informationsbroschüren und in den Ausbau des Radwandernetzes!

VCS Sektion Schaffhausen
Postfach 1613, 8201 Schaffhausen
www.vcs-sh.ch, www.verkehrsclub.ch
hugo.mahler@bluewin.ch, 052 672 28 19

Den Lappi gibts im Direktverkauf...

Auch diese Ausgabe wird wieder im Bücherfass an der Webergasse und am Kiosk im Löwengässchen in Schaffhausen zu finden sein.

...und im Abonnement

ab 25 Franken pro Jahr erhalten Sie jede Ausgabe des Magazins für alternative Politik frei Haus. Bestellen unter: lappi.al-sh.ch/abonnieren

KALENDER

Veranstaltungen

Kommerzielle Medien in der Krise

Wann: *Donnerstag, 20. Mai, 19.00 Uhr*
Ort: *Fasskeller, Webergasse, Schaffhausen*
Kontakt: *Andi Kunz*

Die Meinungsvielfalt ist Gefährdet. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Umdenken» werden alternative Medienkonzepte diskutiert.
Referenten: Dr. Werner A. Meier und lic. phil. Pascal Zwicky (beide Universität Zürich, Institut für Publizistik und Medienforschung)

Bauernhofführer - Gründungsfest

Wann: *Samstag, 22. Mai, 10.00-14.00 Uhr*
Ort: *Mosergarten, Schaffhausen*
Kontakt: *Luca Tissi*

Die AL feiert die neue Web-Plattform Bauernhoffführer, die das ökologische Einkaufen erleichtern wird. Musik, Grill und Produkte direkt vom Bauern.
Findet nur bei schönem Wetter statt!

Formeller Gründungskongress

Wann: *Samstag, 29. Mai, 9.00 Uhr*
Ort: *Maison du Peuple : Place Chauderon 5 Lausanne*
Kontakt: *www.al-schweiz.ch*

Die Alternative Linke Schweiz konstituiert sich in Lausanne. Auch Einzelpersonen sind herzlich Willkommen. Für interessierte: info@la-gauche.ch oder info@al-sh.ch

Sitzungen

AL-Sitzung

Wann: *Freitag, 21. Mai, Ort: Fassbeiz, Sitzungszimmer*

Kontakt: *Alternative Liste Schaffhausen, info@al-sh.ch*

Was: *Monatliche Sitzung*

AL-Sitzung

Wann: *Montag, 21. Juni, Ort: Fassbeiz, Sitzungszimmer*

Was: *Monatliche Sitzung*

AL-Sitzung

Wann: *Freitag, 13. August, Ort: Fassbeiz, Sitzungszimmer*

Was: *Monatliche Sitzung*

Termine

Wahlen und Abstimmungen

Wann: *Sonntag, 29. August, 10.00 Uhr*
Ort: *im lokalen Wahllokal*

Regierungsratsersatzwahlen mit AL-Kandidat Matthias Frick.
Hochschulinitiative der Alternativen Liste
Steuersenkungsinitiative der Jungfreisinnigen.

Aletbällchen mit Limettenreis

von Mattias Greuter **(text)**
und Till Aders **(bild)**

■ Der Alet oder Döbel ist ein in ganz Europa verbreiteter Weissfisch aus der Familie der Karpfenfische. Im Rhein kommt er in grosser Zahl vor, beim Spazieren am Lindli sieht man ihn häufig unter den Weidlingen. Fragen Sie einen ortsansässigen Fischer, er kann Ihnen wahrscheinlich ein paar Exemplare geben. Wegen seiner grossen, Y-förmigen Gräten findet der Alet bei uns nur selten Verwendung als Speisefisch und Sie werden ihn nicht im Laden finden. Für dieses Rezept kann er aber auch durch andere karpfenartige Fische ersetzt werden.

Zutaten:

je nach Grösse 2-4 Alet,
(total ca. 2 kg ganze Fische oder 1kg Filets)

4-6 Knoblauchzehen
einige Zweige Thymian
etwas Paniermehl
Parmesan
ein wenig Halbrahm
Reis
1 Limette
1-2 gehackte Zwiebeln
etwas Mehl, weisser Kochwein, Butter, Salz und Pfeffer

Zubereitung (ca. 60 Minuten):

■ Die Fische filetieren und von den Filets die Haut wegschneiden. Die Filets mit dem Knoblauch und den abgezupften Thymianblättern im Blitzhacker pürieren. Mit Rahm, Paniermehl und Käse zu einer klebrigen Masse mischen, mit Salz und Pfeffer würzen und zu Bällchen formen.
■ Den Reis kochen und am Schluss den Saft und die Schale der Limette beigeben.
■ Für die Sauce die Zwiebeln in zerlassener Butter glasig dünsten, mit Mehl bestäuben und mit Weisswein ablöschen. Butterflocken mit dem Schwingbesen einrühren, mit Salz und Pfeffer abschmecken.
■ Fischbällchen in Öl anbraten